

# **Digitales Brandenburg**

hosted by **Universitätsbibliothek Potsdam**

## **Geschichte der neuesten Zeit**

1815 - 1885 ; in vier Bänden

Von 1815 bis 1848

**Bulle, Constantin**

**Berlin, 1888**

Dritter Abschnitt: Die Auflösung der Heiligen Allianz (1824-1830)

**urn:nbn:de:kobv:517-vlib-6465**

Kapodistrias  
wird Regent.

Die Verfassung  
von Trözen.

Griechenland angekommen war, gelang es im März einen Vergleich zu erzielen, wonach die beiden Versammlungen sich in Damala bei Trözen vereinigten, beide Präsidenten abzetzten und Kapodistrias auf sieben Jahre zum Regenten (Kybernetes) erwählten; bis zu seiner Ankunft sollte Georg Mavromichalis sein Stellvertreter sein. Cochrane wurde, wie schon erwähnt, Oberadmiral, Church Obergeneral; Miaulis und Kolokotronis ordneten sich willig den Fremden unter. Eine neue Verfassung wurde beraten und als sie, die Verfassung von Trözen, genehmigt war, löste sich die Versammlung am 17. März 1827 auf. So war denn äußerlich ein tüchtiger Schritt zu geordneten Verhältnissen gethan; aber in Wirklichkeit dauerte die alte Unordnung fort. Es kam so weit, daß die Kommandanten der beiden Forts von Nauplia sich über die Stadt hinweg bombardierten; englische Vermittelung bewirkte endlich die Übergabe des einen Forts an Church; der Kommandant des anderen aber verlangte eine Million Piafter für das seine, und man hatte kein Mittel seiner Herr zu werden.

Ibrahim's  
Lage.

Bei solchen Zuständen mußte der Krieg gegen Ibrahim erfolglos bleiben, und hier und da kam es schon vor, daß ganze Bezirke von der nationalen Sache abfielen. Umsonst setzte Kolokotronis Himmel und Erde in Bewegung, um eine kräftigere Kriegsführung zu erzielen. Es fehlte ihm am nötigsten, an Munition und Brot. „Auch der Löwe, schrieb er an die Regierung, vermag nichts gegen fünf Quentchen Pulver. Meine Truppen bestehen aus Menschen, nicht aus Felsen. Sollen wir etwa die Felsen anbeißen? Kann ich Erde in Pulver verwandeln?“ Sein Schmerz nichts ausrichten zu können, mußte um so größer werden, je unverkennbarer Ibrahim's Erschöpfung war. Wenn die eine oder die andere Partei kräftige Unterstützung erhielt, so konnte ein Schlag die Entscheidung bringen; wenn nicht, so war kein Ende abzusehen.

### Der Zerfall der Heiligen Allianz.

Europäische  
Sympathieen.

Ein unerwartetes Ereignis wandelte plötzlich diese unentschiedene Lage. Es entsprang aus der begeistertsten Teilnahme, welche Europa unangeseht den Griechen bewahrte. Alle Nationalitäten waren in den griechischen Heeren vertreten, aus allen Ländern flossen reiche Geldspenden nach Hellas, in allen Sprachen klangen begeisterte Reden und Lieder dem neuerstandenen Brudervolk entgegen. Nicht in letzter Reihe hatte dabei Deutschland gestanden; Wilhelm Müllers Griechenlieder erfüllen noch heute unsere Seele mit poetischem Zauber; der alte Boß, der gelehrte Thiersch, der kampfesmutige Krug und eine ganze Anzahl anderer Professoren waren in Rede und Schrift für die Nachkommen der alten Hellenen eingetreten; auch an den Fürstenhöfen schwärmte man für ihren Sieg, unbekümmert um die österreichische Note, die schon 1821 den deutschen Regierungen empfahl das Waffnen und Sammeln für die Auführer zu hindern und die Frechheit der Schriftsteller, die dazu

aufforderten, zu zügeln. Selbst der Kronprinz von Preußen erklärte sich mit Heftigkeit für die Griechen und der bayerische äußerte noch als König, daß er „seit Deutschlands Befreiung, als es unter Napoleonischer Zwangsherrschaft gebeugt, für nichts so geglüht, als daß Griechenland siegen möchte“. Er bewies das auch durch reiche Gaben, die er mit freigebiger Hand für die hellenische Sache opferte, und vielleicht noch mehr durch die Art, wie er die Sammlungen in seinem Lande förderte. Wenn er in den ersten Jahren seiner Regierung in das Bad Brückenau reiste, verbat er sich in den Städten, durch welche er kam, die Beleuchtungen mit der Bitte, „für Hellas und die inwohnenden Bedürftigen“ das Geld zu geben; ja er wählte mit kaufmännischer Berechnung im zweiten Jahre einen anderen Weg als im ersten um in anderen Städten als im Vorjahr diesen Herzenswunsch aussprechen zu können. Trotzdem waren freilich die Gelberträge in Deutschland nicht sehr glänzend, wohl weniger deshalb, weil vieler Orten die Polizei doch hindernd einschritt, als wegen der Armut des Landes und der mangelnden Gewöhnung an solche politische Spenden. Der fürstlichste Wohlthäter der Griechen in ganz Europa war der reiche Bankier Eynard in Genf, der ihnen im Laufe der Jahre die Hälfte seines Vermögens opferte. Der Gang der Ereignisse beeinflusste natürlich die Opferwilligkeit der Menge sehr. Als die Kunde von Mesolonghi überall Entsetzen und Begeisterung erregte, wurden unter dem Titel „zum Loskauf griechischer Sklaven“ in kurzer Zeit 2 Millionen Mark zusammengebracht, eine sehr erwünschte Gabe für die leere Staatskasse, deren Inhalt einmal auf 16 Pfaster zusammengeschmolzen war. Denn der Loskauf von Sklaven war nur ein Vorwand gewesen, dessen man bedurfte, weil die Hellenen außer in England noch nirgends als kriegführende Macht anerkannt waren, nicht einmal von Rußland, welches darin den ersten Schritt zur Anerkennung eines selbständigen Griechenlands sah. Nun schien es aber dem russischen Vorteil weit mehr zu entsprechen, wenn die drei Provinzen, welche sich 1821 konstituiert hatten, Morea, Ost- und West-Hellas, ohne miteinander verbunden zu werden, als Vasallenstaaten in dasselbe Verhältnis zur Pforte traten, in dem die beiden Donaufürstentümer standen, und so dem russischen Beschützer bei jedem Anlaß Gelegenheit zur Einmischung boten. Als daher im Januar 1824 auf Grund der Czernowitzer Besprechungen Konferenzen über die griechische Frage in Petersburg stattfinden sollten, schlug Alexander als richtigen Mittelweg zwischen der türkischen und der griechischen Forderung die Bildung dreier Vasallenstaaten vor. Gleich entrüstet wiesen Türken und Griechen diesen Vorschlag zurück; und auch Canning weigerte sich auf solcher Grundlage an den Konferenzen länger teilzunehmen, erklärte den griechischen Protest für das Vernünftigste, was seit Epaminondas' Zeiten in Hellas gethan sei, und trat mit der Regierung von Nauplia in Verkehr. Daß auch Metternich die russischen Absichten durchschauen und sich nicht auf solche Vorschläge einlassen würde, war vorauszu sehen; aber ganz uner-

Ludwig von Bayern.

Eynard.

Rußlands Politif.

Petersburger Konferenzen.

Canning.

wartet war die Schwenkung, die er plötzlich machte. Als nach einer Metternich. längeren Pause die Petersburger Konferenzen im Februar 1825 wieder eröffnet wurden, stellte der österreichische Gesandte Unterwerfung oder Unabhängigkeit als die einzige Wahl hin. Metternich weigerte sich die Bildung von Vasallenstaaten in Stambul durch Drohungen zu unterstützen und setzte es mit Hilfe Frankreichs, dessen König er auf einer Reise nach Paris im Frühjahr 1825 ganz für seine Politik gewonnen, durch, daß als einziges Ergebnis der Konferenz am 7. April der Beschluß gefaßt wurde den Sultan einzuladen die Vermittelung der Mächte anzunehmen; ein Beschluß, der ohne durch Kriegsdrohungen, wie Rußland sie wollte, gestützt zu sein sich als völlig unwirksam erweisen mußte.

Sprengung  
der Heiligen  
Allianz.

Bedeutamer aber wurde er für die Stellung der Mächte zu einander. Zwischen Rußland und Oesterreich war eine tiefe Kluft entstanden, die Heilige Allianz thatsächlich vernichtet. Da Frankreich und Preußen zu Oesterreich standen, so mußte Rußland mit innerer Notwendigkeit Anlehnung an England suchen. Wenn die Ziele und die Beweggründe beider Mächte auch völlig verschieden waren, so konnten sie doch recht wohl ein Stück Weges zusammengehen. Zunächst war Canning sehr zufrieden damit, daß Rußland selbständig zum Kriege sich anschickte. In einer Note vom 18. August 1825 erklärte nämlich Alexander den Großmächten, er werde fortan allein vorgehen, und eine Reise in den Süden seines Landes brachte man nicht ohne Grund mit kriegerischen Rüstungen in Verbindung.

Alexanders  
Tod.

Da erscholl plötzlich die Botschaft vom Tode des gefürchteten Zaren; der 1. Dezember 1825 hatte seinem vielbewegten Leben in Taganrog ein Ziel gesetzt. Welchen Einfluß dieses Ereignis auf die griechische Sache haben werde, war nicht gleich vorauszusehen: wußte man doch noch nicht, wer des Verstorbenen Thron einnehmen werde. Der rechtmäßige Nachfolger des Zaren war sein Bruder Konstantin; aber seine gänzliche Unfähigkeit und der Umstand, daß er sich 1820 von seiner ebenbürtigen Gattin scheiden ließ um die polnische Gräfin Grudszinska zu heiraten, hatten den Gedanken hervorgerufen die Erbfolge auf den nächsten Bruder, Nikolaus, den Gemahl der preussischen Prinzessin Charlotte (geboren 1796), übergehen zu lassen. Konstantin selbst war es, der diesen Vorschlag machte und des Kaisers Zustimmung erwirkte. In vierfacher Ausfertigung wurde sein Verzicht am 28. August 1823 in Petersburg und Moskau niedergelegt, der ganze Vorgang aber so geheim gehalten, daß selbst Nikolaus offiziell nichts davon erfuhr. Vergebens drängte einer der wenigen Mitwisser, der Graf Galizin, den Kaiser vor seiner letzten Abreise von Petersburg den Schleier zu lüften; Alexander meinte in seiner frömmelnden Art: Überlassen wir das Gott; er wird es besser machen, als wir schwachen Menschen vermöchten. Als nun die Nachricht von des Zaren Tode in der Hauptstadt eintraf, huldigte Nikolaus sogleich seinem Bruder Konstantin, der als Bizekönig in Warschau residierte, und nahm den Garden für ihn den Eid ab. Erst als dies

Die Thron-  
folge.

Nikolaus' Ver-  
halten bei  
Alexanders  
Tod.

gesche  
folger  
bestei  
getrof  
größt  
nicht  
allgen  
pfllegt  
Ernst  
durch  
laufen  
folger  
am H  
wie N  
Übern  
dieses  
Scheu  
Netz  
nach  
Mittel  
schweb  
wie N  
ihr S  
Oberst  
militär  
der W  
Wüns  
nach  
der A  
dagege  
stande  
in den  
schafter  
worden  
verschie  
Bunde  
Sitz h  
Mittel  
schon  
an zu  
des R  
die Be  
bruch.  
doppelt  
Nikola

geschehen war, entsiegelte man die Urkunde, welche Nikolaus zum Nachfolger bestimmte. Aber auch jetzt weigerte sich dieser den Thron zu besteigen, so lange nicht die erneute Zustimmung seines Bruders eintreffend sei, indem er es für sehr zweifelhaft erklärte, welches Opfer größer sei, der Verzicht oder die Annahme der Krone. Man thut nicht Unrecht die Neigung zu schauspielern, die man dem neuen Zaren allgemein zuschrieb, wie geflissentlich er sich auch dagegen zu verwahren pflegte, auch in diesem Verhalten wiederzufinden. Er mochte von der Ernstlichkeit von Konstantins Entschluß so fest überzeugt sein, daß er durch seine erheuchelte Bescheidenheit und Großmut keine Gefahr zu laufen befürchtete; vertraulich war er von seiner Erhebung zum Nachfolger ohne Zweifel schon lange unterrichtet, denn seit Jahren hatte man am Hofe seines Schwiegervaters Kenntniss davon. Aber so unbedenklich wie Nikolaus in Rücksicht auf seinen Bruder es wagen durfte mit der Übernahme der Regierung zu zögern, so sollte doch in anderer Weise dieses Zaudern nicht ohne ernste Folgen bleiben. Durch Alexanders Scheu vor kräftigem Durchgreifen begünstigt, hatte sich ein vollständiges Netz von Verschwörungen über das ganze Reich ausgebreitet. Das Ziel, nach dem man strebte, war ebensowenig überall das gleiche wie die Mittel. Während den einen die konstitutionelle Monarchie genügte, schwebte den anderen der Traum einer Republik vor; während die einen, wie Nikolaus Turgenjew, durch Verbreitung der Bildung nach und nach ihr Ideal ermöglichen wollten, sannten die anderen, an ihrer Spitze der Oberst Pestel, auf einen plötzlichen Umsturz des Bestehenden durch eine militärische Revolution. Gegenüber den polnischen Vereinen, die nach der Wiederherstellung ihres Vaterlandes trachteten, richteten andere ihre Wünsche auf die Begründung eines großen slavischen Bundesstaates nach dem Vorbilde der Vereinigten Staaten von Amerika. Außerhalb der Armee hatten alle diese Pläne wenig Anhänger; im Offiziercorps dagegen, und besonders in dem Teile, der bis 1818 in Frankreich gestanden hatte, war das Streben nach Neuerungen weit verbreitet. Schon in den letzten Jahren Alexanders war zwischen den geheimen Gesellschaften eine Annäherung und zum Teil eine Verschmelzung herbeigeführt worden. Doch standen, abgesehen von den Polen, sich immer noch zwei verschiedene Richtungen scharf gegenüber, die monarchische des nördlichen Bundes, der unter Leitung des Fürsten Trubekoi in Petersburg seinen Sitz hatte, und die republikanische des Südbundes unter Pestel, dessen Mittelpunkt die Festung Tutschin war. Der mehrmals gehegte Plan, schon bei Alexanders Lebzeiten den Aufstand zu beginnen, war immer an zufälligen Umständen gescheitert; jetzt verlockte der unerwartete Tod des Kaisers und die Verwirrung, zu welcher die Thronfolge Anlaß gab, die Verschworenen in Petersburg umgekehrt zu einem übereilten Losbruch. Als Mittel um auf die Truppen zu wirken diente ihnen der doppelte Eid, der binnen weniger Tage erst für Konstantin, dann für Nikolaus gefordert wurde; den letzteren stellten sie als einen Bruch des

Russische Geheimbünde.

Der Defabrischen-Aufstand.

ersteren dar. Als daher am 26. Dezember 1825 die Huldigung stattfinden sollte, verweigerten mehrere Regimenter dieselbe, zogen mit fliegenden Fahnen auf den Platz vor dem Staatsgebäude und ließen Konstantin und die Konstitution, von der man ihnen gesagt, sie sei Konstantins Frau, leben. Nikolaus entwickelte in dieser Lage, die freilich kaum gefährlich zu nennen war, die nötige Entschlossenheit; wenn er auch nur Eine Stunde Kaiser sein sollte, so wolle er doch zeigen, daß er würdig gewesen es zu werden. Bald waren die Meuterer von Truppen umzingelt und der Ausgang gesichert. In einem mäßigen Verzuge lag keine Gefahr mehr, und der junge Zar konnte also nach Bedürfnis den Menschenfreundlichen spielen und den größten Abscheu vor Blutvergießen an den Tag legen. Erst als der General Miloradowitsch, der die Meuterer zum Gehorsam ermahnte, von einem der Verschworenen niedergeschossen war, als die Patriarchen von Petersburg und Kiew in vollem Ornat vergeblich zur Unterwerfung aufgefordert hatten, als die Dunkelheit hereinbrach und längeres Zögern hätte verderblich werden können, erging der Befehl die Kanonen zu lösen, und drei Kartätschenladungen genügten um die Aufständischen zu bezwingen. Mit großer Schnelligkeit und Sicherheit wurden sodann die Befehle zur Verhaftung der Rädelshörer sowohl in Petersburg wie in Tultschin und anderen Orten ausgeführt. Ein außerordentlicher Gerichtshof leitete die Untersuchung; Pestel und vier andere büßten am Galgen ihre That, die übrigen Dekabristen, wie man die Verschwörer nannte, wanderten nach Sibirien. Für den moralischen Zustand der Armee war die Meuterei ohne Zweifel eine glückliche Krisis; mochte noch mancher Gärungstoff zurückgeblieben sein, so fehlten den Unzufriedenen jetzt doch die Führer, und es ließ sich mit Grund hoffen, daß der immer näher rückende Türkentrieg das angefangene Werk vollenden und den guten Geist im Heere wieder völlig herstellen werde. Für Metternich war die Entwicklung der Dinge in Petersburg ein harter Schlag. Ohne Kenntniss von der Änderung der Thronfolge hatte er den Zaren Konstantin freudig begrüßt: er wußte, daß von diesem die Sache der Griechen nichts hoffen dürfe, daß er England verabscheue, Frankreich verachte, Preußen für eine Beute des revolutionären Geistes halte und Osterreich unbedingt ergeben sei. Der russische Roman hat ein Ende, schrieb der Kanzler triumphierend bei der Nachricht von Alexanders Tod: jetzt beginnt die russische Geschichte. Und nun trat an Konstantins Stelle Nikolaus, der in den wichtigsten Beziehungen der gerade Gegensatz seines Bruders war. Er hatte aus seinen persönlichen Gesinnungen gegen die Griechen nie ein Geheimnis gemacht; jetzt drängte ihn außer der Rücksicht auf seine Armee auch das wachsende Ansehen, dessen England sich in Hellas erfreute, zu rascherem Handeln; Rußland konnte Gefahr laufen seinen Einfluß gänzlich einzubüßen. Daß augenblicklich Canning das Übergewicht gewonnen hatte, lehrte unverkennbar ein Beschluß, welchen die griechische Nationalversammlung am 20. Juli 1825 faßte, als Ibrahim auf den Höhen über Nauplia

Metternich.

Die englische  
Schutzhatte.

stand  
Engl  
mäch  
rief  
ab u  
reise  
fand  
statt  
sie a  
Dara  
verho  
die v  
dem  
schick  
burg  
dabei  
Aller  
Ultin  
zu h  
mäch  
schwe  
Ultin  
weise  
land  
nachg  
namt  
Basis  
dafür  
möcht  
Sturm  
Verbr  
wider  
ein a  
des F  
als E  
genan  
schneit  
Empö  
in ihr  
tion v  
Reiche  
Ultim  
mächt  
tober  
auf di  
Bull

stand: sie vertraute die griechische Nation der Großmut und dem Schutze Englands an. Canning lehnte freilich um es mit den anderen Großmächten nicht vollends zu verderben diese Schutzakte ab; allein er berief von Stambul Strangford, den bisherigen türkenfreundlichen Gesandten ab und beauftragte seinen Nachfolger Stratford-Canning auf der Hinreise mit der griechischen Regierung Besprechungen anzuknüpfen. Diese fanden im Januar 1826 in Perivolakia, der Insel Hydra gegenüber, statt und ergaben auf Seite der Griechen eine so tiefe Entmutigung, daß sie auf die russische Idee eines Basallenstaates einzugehen bereit waren. Daraufhin entschloß sich Canning unmittelbar mit Kaiser Nikolaus zu verhandeln; daß er ein günstiges Ohr finden werde, hatten ihm schon die vertraulichen Besprechungen gezeigt, die er seit Oktober 1825 mit dem russischen Gesandten in London, Baron Lieven, gepflogen. Er schickte deshalb im März 1826 den Herzog von Wellington nach Petersburg um dem Zaren zur Thronbesteigung Glück zu wünschen und ihn dabei zu gemeinschaftlicher Verwendung für Griechenland einzuladen. Allerdings hatte nun Nikolaus wenige Tage vorher, am 17. März, ein Ultimatum nach Stambul geschickt, welches ohne die griechische Frage zu berühren unter Kriegsdrohung forderte, daß der Sultan Bevollmächtigte nach Rußland sende, um über die besonderen russischen Beschwerden zu verhandeln. Er mochte erwarten, daß die Pforte dieses Ultimatum zurückweisen werde; nahm sie es an, so konnte er anständigerweise nicht alsbald eine neue Forderung stellen, die sich auf Griechenland bezog. Gleichwohl unterzeichnete der Zar am 4. April, ehe die nachgiebige Antwort der Pforte auf sein Ultimatum eintraf, das sogenannte Petersburger Protokoll, kraft dessen England der Pforte die Basis von Perivolakia vorschlagen sollte und Rußland sich verpflichtete, dafür einzutreten, wie auch sonst seine Beziehungen zur Türkei sein möchten. Die Mitteilung dieses Protokolls erregte fast überall einen Sturm des Unwillens, Metternich nannte es einen Vertragsentwurf zum Verbrechen, der Sultan war entschlossen sich bis zum äußersten zu widersetzen. Die erste Antwort, die er gab, erfolgte auf einem Umwege; ein außerordentlicher Divan beschloß am 29. Mai eine Umgestaltung des Heeres; jedes Janitscharenregiment sollte 150 Mann abgeben, die als Stamm für eine neue Truppe, Mualllem Ischkendj (exerzierte Hand) genannt, dienen sollten. Allerdings erwies sich dies Mittel als zweischneidig; die Janitscharen murrten und schritten am 15. Juni zu offener Empörung; sie wurden nun zwar von den übrigen Truppen angegriffen, in ihre Kasernen gedrängt und dort niedergemacht, aber diese „Revolution von 23 Minuten“ schwächte doch fernerst die Widerstandskraft des Reiches und machte ein leises Nachgeben nötig. Infolge des russischen Ultimatus, das er ja angenommen, schickte der Sultan also Bevollmächtigte nach Akkerman in Bessarabien und bewilligte dort am 26. Oktober alle russischen Forderungen, die sich auf Rumänien und Serbien, auf die Schiffahrt in den Dardanellen und die Abtretung einiger tscher-

Die Konferenzen von Perivolakia.

Wellington in Petersburg.

Das Petersburger Protokoll.

Janitscharen-Aufstand.

Vertrag von Akkerman.

Das Protokoll. fessischen Festungen bezogen. Während dieser Zeit hielt der englische Gesandte mit der Überreichung des Petersburger Protokolls zurück, obgleich er sie schon im Mai angekündigt hatte. Zwischen den Großmächten wurden eifrige Verhandlungen gepflogen um zu einer Verständigung zu gelangen. Frankreich war bereit dem Protokoll beizutreten; Preußen wollte sich nicht ausschließen, wenn Einstimmigkeit erzielt werde; Oesterreich aber lehnte seine Mitwirkung schlechthin ab. Nur die Beteiligung an Konferenzen, die in London im Frühjahr 1827 stattfinden sollten, gestand es zu, aber die Instruktionen, die Metternich dem Botschafter des Kaisers übersandte, schlossen die Möglichkeit einer Verständigung aus, und da Rußland diesen Umstand scharf betonte und sein Festhalten an dem Petersburger Protokoll in Wien erklären ließ, verzichtete Oesterreich auf die Teilnahme an den Londoner Beratungen; der neue russische Gesandte in Constantinopel aber, Graf Ribaupierre, überreichte gemeinsam mit dem englischen Gesandten am Jahrestage der Unterzeichnung, am 4. April 1827, offiziell dem Großvezier das Petersburger Protokoll. Zornig nannte der türkische Minister dasselbe ein wertloses Papier, dessen vertrauliche Mitteilung ihn unangenehm berührt habe, während die amtliche ein beleidigender Schimpf sei; vergebens betonte er, daß Rußland durch den Vertrag von Akkerman mittelbar auf jede Einmischung in die griechische Sache verzichtet habe; umsonst auch eilte Metternich ihm zu Hilfe und suchte der Einmischung dadurch die Spitze abzubrechen, daß er sich bereit erklärte die gestellten Forderungen zu befürworten, sofern man nur von Gewaltdrohungen abstehe und sich mit der gemeinsamen Abberufung der Gesandten begnüge. England und Rußland blieben fest auf ihrem Standpunkt und hatten überdies Frankreich als dritten für sich gewonnen. Da nun die Pforte sich unbedingt weigerte die Bildung eines griechischen Vasallenstaates zu gestatten, so mußten die drei Mächte einen Schritt weiter gehen. Auf Antrag Frankreichs wurde das Petersburger Protokoll am 6. Juli 1827 in den Londoner Vertrag umgewandelt, in welchem die Unterzeichner erklärten die Selbstverwaltung Griechenlands unter Oberherrlichkeit der Pforte erzwingen zu wollen ohne darum ihre friedlichen Beziehungen zur Türkei abzubrechen. Zu diesem Zwecke sollte eine alliierte Flotte unter den Admiralen Codrington, de Rigny und von Heiden alle türkisch-ägyptischen Schiffsendungen von Menschen und Waffen abschneiden und so Ibrahim zum Rückzug aus Morea zwingen. Ob sich das ohne Anwendung von Gewalt erreichen lasse, mußte billigerweise bezweifelt werden, und da somit „die Vollmachten der Admirale eines gewissen Spielraums bedurften“, so wurde ihnen dieser, wie es in dem englischen Aktenstücke hieß, „in vollem Maße gewährt“.

Der Londoner Vertrag.

Verhandlungen in Constantinopel.

Jeder Tag konnte nun einen blutigen Zusammenstoß herbeiführen. In banger Besorgnis suchte Metternich die diplomatischen Fäden, die zu reißen drohten, wieder fester zu schlingen. Die Gesandten der drei Alliierten waren noch in Stambul. Gemeinschaftlich mit dem preussischen

verle  
mit  
Fall  
Wei  
nein  
Bau  
Ern  
Met  
baue  
Staa  
uner  
8. V  
Poli  
schne  
beten  
Min  
schien  
Öster  
die C  
reit f  
es w  
daß  
alles  
reich  
an de  
mit d  
  
hatten  
Gesch  
griech  
einen  
einen  
allein  
gung  
dann  
7. Se  
schwa  
schiffe  
galt.  
chische  
erzwir  
Ägypt  
Sachl  
seiner  
in den



verlangten sie am 16. August, daß die Pforte einen Waffenstillstand mit Griechenland eingehe, und erklärten, ihre Souveräne würden im Fall der Ablehnung die Maßregeln ergreifen, welche die Umstände ihrer Weisheit eingäben. Die Frage, ob das eine Kriegsdrohung sei, verneinten sie, worauf der türkische Minister erwiderte: jedenfalls heiße es, Baumwolle neben Feuer legen. Doch schüchterte ihn der geheimnisvolle Ernst und die Größe der Gefahr trotz alledem etwas ein, und als Metternich sich anschickte ihm eine goldene Brücke zum Rückzug zu bauen, war er nicht abgeneigt sie zu betreten. Dem österreichischen Staatskanzler leuchtete nämlich plötzlich ein neuer Hoffnungsschimmer; unerwartet und viel zu früh für England und Europa starb am 8. August 1827 George Canning. Das Schwanken der englischen Politik, das infolgedavon wenigstens zeitweilig eintreten mußte, sollte schnell benutzt und eine österreichische Vermittlung von der Pforte erbeten werden. Wirklich erreichte Metternich seinen Wunsch; der türkische Minister ersuchte ihn am 20. Oktober um seine guten Dienste; alles schien sich noch ordnen zu lassen. Eine kleine Komödie unterstützte Österreichs Bemühungen; der griechische Patriarch hatte im September die Gnade des Sultans für fünf Provinzen, die zur Unterwerfung bereit seien und thatfächlich sich schon unterworfen hatten, anflehen müssen; es ward ihnen gnädig Verzeihung erteilt und somit der Beweis geliefert, daß die Pforte nicht unversöhnliche Rachegeanken hege. Allein das alles kam zu spät. An demselben Tage, an welchem der Sultan Österreichs Vermittlung erbat, am 20. Oktober 1827, war es bei Navarino, an der Küste von Morea, zu einem furchtbaren Zusammenstoß der alliierten mit der türkisch-ägyptischen Flotte gekommen.

Cannings  
Tod.Österreichs  
Vermittlung.

Die steigende Not Ibrahim's und einige Zugeständnisse der Pforte hatten den alten Mehemet veranlaßt im Frühjahr 1827 ein großes Geschwader auszurüsten um seinem Sohne Hilfe zu bringen. Der griechische Oberadmiral Cochrane, dessen Kräfte durch zwei Dampfer einen erheblichen Zuwachs erhalten hatten, versuchte diese Küftung durch einen Angriff auf den Hafen von Alexandrien im Keime zu ersticken; allein er kam zu spät; die Flotte fuhr ihm, bereits im besten Verteidigungszustand, aus dem Hafen entgegen und zwang ihn zum Rückzug; dann trat sie selbst die Überfahrt an und erreichte, 92 Segel stark, am 7. September 1827 Navarin, wo seit dem Mai auch ein türkisches Geschwader vor Anker lag. Alles in allem befanden sich dort 126 Kriegsschiffe, die zum Auslaufen bereit waren und für deren erstes Ziel Hydra galt. Mittlerweile war die alliierte Flotte unter Codrington in den griechischen Gewässern erschienen, und ihre Aufgabe den Waffenstillstand zu erzwingen schloß natürlich die Pflicht in sich das Auslaufen der Ägypter und Türken zu hindern. Als Ibrahim Mitteilung von dieser Sachlage erhielt, entschloß er sich nach einigem Zögern zum Aufschub seiner Unternehmung und unterzeichnete am 25. September einen Vertrag, in dem er bis zur Ankunft weiterer Befehle aus Stambul den Hafen

Der Seekrieg.

Die Flotten  
bei Navarin.Ibrahim's Ver-  
halten.

nicht zu verlassen versprach. Vergeblich suchte er dagegen von den Admiralen das Zugeständnis zu erlangen, daß sie auch Cochrane in seinen Operationen hindern würden. Nach einigem Schwanken erteilten sie ihm die Antwort, sie müßten sich dem Teile anschließen, der den Waffenstillstand annehme; das hätten die Griechen gethan, und dadurch seien sie diesen gegenüber nur imstande sie an der Ausdehnung ihrer Pläne auf neue Kriegsschauplätze zu verhindern. Natürlich wies Ibrahim diese Auffassung zurück, und als die Nachricht eintraf, eine griechische Flotte unter Hastings habe bei Salona im Busen von Korinth eine türkische Flottille geschlagen, erklärte er den Vertrag vom 25. September für gebrochen und ließ einen Teil seiner Schiffe unter Mustafa auslaufen. Indes Codrington verhinderte diesen Versuch, trotzdem er dreimal unternommen wurde, und zwang den Türken zur Rückkehr, wobei es schon zu einigen Schüssen kam. Währenddes trafen von Konstantinopel die erbetenen Weisungen ein; Ibrahim wurde befohlen den Waffenstillstand zu verwerfen und zunächst Morea völlig zu unterjochen, wobei ihn Kiutagi unterstützen werde. Demgemäß brach er in drei Haufen, 17 000 Mann stark, von Navarino auf und begann mit einer barbarischen Verwüstung von Messenien, dessen Wohlstand er durch die Vernichtung von 60 000 Feigen- und 25 000 Ölbäumen auf Jahrzehnte zerstörte. Codringtons Antwort auf diese zwecklose Greuelthat war ein Ultimatum vom 13. Oktober, das die sofortige Räumung von Morea und die Heimfahrt der ägyptischen Flotte forderte; und als ihm darauf geantwortet wurde, Ibrahim sei zur Zeit abwesend und nicht gleich aufzufinden, beschloß er nach Abhaltung eines Kriegsrates in den Hafen von Navarino einzulaufen. Auf die Vorstellung des türkischen Admirals wenigstens nur mit einem Teil seiner Schiffe diese Drohung auszuführen erwiderte er, er sei gekommen Befehle zu erteilen, nicht zu empfangen. Am 20. Oktober mittags lichtete er die Anker. Die Feinde, ohne die Transportschiffe 89 Segel mit 2400 Kanonen, lagen in Hufeisenform in dem rings von hohen Felsen umgebenen Hafen; Codrington verfügte über 27 Schiffe mit 1270 Kanonen. Eine seiner Fregatten, die Dartmouth, forderte einen feindlichen Brander auf ihr Platz zu machen; als dies verweigert wurde, setzte sie ein Bot aus jenem die Ankertaue zu durchhauen. Darüber entbrannte nachmittags gegen  $\frac{1}{2}$  3 Uhr die Schlacht. Eine furchtbare Kanonade erschütterte bald die steilen Felswände, während endlose Trümmer die Fluten bedeckten. Nach wenig mehr als zwei Stunden waren 60 feindliche Schiffe gesprengt oder zusammengeschossen, 6000 Feinde getötet. Aber auch die alliierte Flotte, wenngleich ihr Verlust an Toten und Verwundeten nur 540 Mann betrug, hatte schwer gelitten und mußte die Docks aufsuchen. Deshalb erneuerte Codrington nicht die Forderung Morea zu räumen, sondern verließ am 24. Oktober den Kampfplatz; die türkisch-ägyptische Flotte folgte seinem Beispiel im Dezember, beladen mit reicher Beute, während andere Schiffe dem zurückbleibenden Ibrahim neue Zufuhr brachten.

Verwüstung  
Messeniens.

Die Schlacht  
von Navarin.

komme  
verste  
macht  
unter  
ins  
komme  
Trium  
Finge  
Meuch  
Gerü  
Anfro  
Ibrah  
Antw  
noch  
Nachr  
that,  
Berla  
gelehr  
reister  
darau  
die B  
gedehr  
feierli  
gegen

der M  
dem F  
hatte  
fast,  
Inseln  
waren  
hoffnu  
Unglü  
Den  
verbür  
seinem  
liche  
lichen  
That  
er feir  
und r  
die B  
lungst

Das Ereignis von Navarin war doch allseitig sehr unerwartet gekommen, die Aufnahme der Nachricht sehr verschieden; in Petersburg versteckte sich hinter dem erheuchelten Bedauern herzliche Freude; in Paris machte man aus seiner Zufriedenheit gar kein Hehl; in England dagegen unterdrückte das Toryministerium Wellington, das nach Canning's Tode ins Amt getreten war, nur mühsam seinen Ärger über das „unwillkommene Ereignis“. Und nun gar Metternich, dem der glänzende Triumph, die österreichische Vermittlung, so unerwartet zwischen den Fingern zerrann! Kaiser Franz meinte, die That trüge alle Zeichen des Meuchelmordes an sich. In Konstantinopel bewies man bei den ersten Gerüchten eine vorsichtige Zurückhaltung. Als die drei Gesandten die Anfrage stellten, wie man eine Feindseligkeit der alliierten Flotte gegen Ibrahim auffassen werde, falls dieser sich nicht gefügt habe, lautete die Antwort: ein ungeborenes Kind, dessen Geschlecht man nicht kenne, habe noch keinen Namen. Als dann aber am 2. November die amtliche Nachricht eintraf, erklärte der Minister: der Name sei gräßliche Gewaltthat, für die er feierlich Rechenschaft fordere. Natürlich wurde sein Verlangen, das auf Entschädigung und Mißbilligung gerichtet war, abgelehnt, und da auch die weiteren Verhandlungen ohne Erfolg blieben, reisten die drei Gesandten im Dezember von Stambul ab; unmittelbar darauf erfolgte die Austreibung aller Engländer, Franzosen und Russen, die Verbannung von 12 000 katholischen Armeniern nach Angora, ausgedehnte Rüstungen zu Land und Meer und am 20. Dezember ein feierlicher Aufruf an alle Moslem in ihre Religion und ihre Existenz gegen die Ungläubigen zu verteidigen.

So waren die Sachen denn bis zum äußersten gediehen; ein Krieg der Alliierten gegen die Türkei schien unvermeidlich; in Griechenland, dem hart bedrängten, erwachte neue Hoffnung. Mit düsterer Ergebung hatte es schon begonnen seinem Untergang entgegenzusehen; denn überall fast, in Ost- und West-Hellas wie in Morea und auf den größeren Inseln, hatten die Türken ihre Obmacht wiederhergestellt; erschöpft waren die Mittel ihnen Widerstand zu leisten; tot die Helden der ersten hoffnungsfrohen Jahren; erloschen die Begeisterung unter der Wucht des Unglücks. Und wem verdankte Hellas nun den neuen Hoffnungsschimmer? Den Völkern Europas und nicht seinen Regierungen. „Keiner der drei verbündeten Monarchen, selbst Nikolaus nicht, würde es gewagt haben seinem Admiral den Befehl zum Kampf zu erteilen. Es war die öffentliche Meinung Europas, welche erst die widerstrebenden Höfe zur friedlichen Vermittlung veranlaßte und dann die Admirale zu der blutigen That von Navarino fortriß. Der Philhellenismus hatte bewiesen, daß er kein bloßes Traumbild frommer Schwärmer, sondern eine Macht sei; und während, erstaunt und bestürzt, die Kabinette schwiegen, jubelten die Völker und ein tiefes Aufatmen der Freude ging durch die Christenheit.“

Natürlich konnten sich die drei Regierungen den Folgen ihrer Handlungsweise jetzt nicht mehr entziehen; doch war ihre Lage nicht gleich.

Einbruch der  
selben.

Bruch der drei  
Mächte mit der  
Türkei.

Russische  
Kriegserklä-  
rung.

Am meisten gereizt war Rußland, gegen welches der Aufruf vom 20. Dezember die ärgsten Beleidigungen enthielt, also gerade die Macht, welche von einem Kriege zugleich unmittelbare Vorteile erhoffte. Kaiser Nikolaus schwankte daher nicht lange auf jenes Manifest mit einer Gegenerklärung zu antworten und den Großmächten am 29. Februar 1828 anzukündigen, daß er zur Wahrung der russischen Interessen die Feindseligkeiten gegen die Pforte beginnen werde; in bezug auf Griechenland stellte er seinen Verbündeten anheim, ob sie zur Erfüllung des Londoner Vertrages weiter mitwirken oder ihm allein es überlassen wollten die Forderungen desselben durchzusetzen: jeden Gedanken an russische Eroberungen, an die Vernichtung des türkischen Reiches, ja selbst an die volle politische Unabhängigkeit der Griechen, wies er weit von sich; die Oberherrlichkeit des Sultans müsse gewahrt bleiben um den europäischen Revolutionsparteien keinen Triumph zu bereiten. England war unter dem neuen Toryregiment sehr geneigt sich möglichst zurückzuhalten, und der Premierminister Wellington wie der des Auswärtigen, Lord Aberdeen, waren Bewunderer der Metternichschen Politik. Gleichwohl konnten sie den bisherigen Gang des englischen Kabinetts nicht einfach verleugnen und verständigten sich deshalb mit Frankreich dahin, daß dieses den Peloponnes besetzen und die Ägypter zum Abzug aus demselben zwingen solle. Rußland stimmte dem zu, und so wurde von allen drei Mächten auf jener ständigen Konferenz, die sie in London gebildet hatten, am 19. Juli 1828 die Entsendung einer französischen Armee nach Morea beschlossen. Aber noch ehe dieselbe sich eingeschifft hatte, erreichte Codrington die Räumung der Halbinsel durch eine Fahrt, die er auf eigene Verantwortlichkeit mit seiner Flotte nach Alexandria antrat. Mehemet Ali war klug genug es nicht zum äußersten kommen zu lassen und willigte am 9. August 1828 in einen Vertrag, durch den er Ibrahim zurückrief. Dadurch ward Morea von allen Feinden befreit und die Ankunft des Generals Maison, der trotzdem am 30. August mit 8000 Mann in Petalidi landete, hatte für Hellas höchstens noch den Vorteil, daß es seine eigenen Truppen nun in Mittelgriechenland gegen die Türken verwenden konnte. Denn hier und soweit sie die Inseln unterworfen hatten, dauerte die Herrschaft der Türken fort und bedrohte folglich auch die Unabhängigkeit Moreas, sobald dieselbe nicht mehr durch die französischen Truppen geschützt oder noch nicht von der Pforte rechtlich anerkannt war. Einige nicht unbedeutende Erfolge trugen denn auch die griechischen Waffen noch davon, obgleich der Krieg sehr zögernd geführt werden mußte, da die drei Verbündeten trotz allem Vorgefallenen noch immer an dem Londoner Vertrage festhielten und also die Einstellung der Feindseligkeiten forderten. Besonders wichtig war der Fall der Festungen Patras und Mesolonghi anfangs 1829 und die endliche Eroberung Böotiens durch Ipsilantis. Diesem war es auch vergönnt im September desselben Jahres den Sieg in dem letzten größeren Kampfe, der den Türken geliefert wurde, zu ersechten, indem er bei Petra ein nach

Die Expedition  
nach Morea.

Ende des grie-  
chischen Krieges.

Attika vorgedruckenes feindliches Korps zurückschlug. Von da ab ruhten die Waffen, da der Sultan inzwischen von Rußland gezwungen war die Bedingungen anzunehmen, welche von der Londoner Konferenz in einem Protokoll vom 22. März 1829 aufgestellt waren. Danach sollte Hellas eine erbliche Monarchie werden, zugleich aber der Türkei mit  $1\frac{1}{2}$  Millionen Piafter tributpflichtig bleiben. Als Grenze war im Norden eine gerade Linie zwischen den Büsen von Arta und Volo bestimmt, von den streitigen Inseln sollten Kreta und Samos der Pforte gelassen werden. Die Auswahl des ersten Königs behielten die drei Mächte sich vor in Übereinstimmung mit dem Sultan zu treffen.

Um diese immerhin bescheidenen Forderungen durchzusetzen mußten die Russen zwei Feldzüge bestehen, die nicht ohne ernstliche Gefahren waren. Nachdem Feldmarschall Wittgenstein im Mai 1828 den Pruth überschritten, war ein mehrmonatlicher Festungskrieg gefolgt, der zwei bedeutendere, aber mühsam errungene Ergebnisse herbeiführte. Am 17. Juni wurde von den Donaufesten Ibrail zur Übergabe gezwungen, am 10. Oktober fiel Varna an der Balkanlinie. Aber weder der eine noch der andere Gürtel war damit völlig in der Hand der Russen; denn in dem äußeren, an der Donau, hielten sich noch Widin und Silistria, in dem inneren, am Balkan, das wichtige Schumla, der eigentliche Schlüssel zu den Pässen des Gebirges. Eine offene Feldschlacht hatten die Türken mit Geschick zu vermeiden gewußt, und auf dem zweiten Kriegsschauplatz, in der asiatischen Türkei, wo Paszkewitsch die Russen befehligte, war zwar das wichtige Kars nach einer Beschießung von wenigen Stunden am 5. Juli erstürmt und weiterhin Achalzik, Ardagan und die eine oder andere kleine Festung gefallen, aber ein entscheidender Schlag doch noch weniger als in Europa erfolgt. Unverkennbar hatte das Ansehen Rußlands und das persönliche Gewicht des Zaren, der an dem Feldzuge teilgenommen und sich dabei nur als „Paradegeneral“ gezeigt hatte, schwer gelitten. Englands Politik hatte sich immer entschiedener der österreichischen genähert, und wenn Frankreich noch fest an dem Julitratate hing, so ließ sich doch annehmen, daß der Preis, für den es sich Rußland abwendig machen lasse, wohl zu finden sei: Preußen, das voraussichtlich im entscheidenden Augenblicke dem Zaren treu geblieben wäre, hätte ihn zahlen müssen. Die Möglichkeit einer europäischen Einmischung zu Gunsten der Türkei schien Metternich gekommen; er machte den Höfen von London und Paris Eröffnungen in diesem Sinne, und Radezky prüfte bereits die militärischen Aussichten eines Krieges gegen Rußland und Preußen. Allein der ganze Plan scheiterte schon an der Haltung Frankreichs, das eine Vergrößerung am Rhein durch ein Bündnis mit Rußland und Preußen leichter und sicherer zu gewinnen hoffen mochte. Auch Kaiser Franz zeigte sich den Ideen seines Staatskanzlers wenig geneigt; wenn dieser auch die „Lüge“, daß zwischen ihm und seinem Monarchen eine Spaltung bestehe, im Januar 1829 zurückweisen ließ, so ist es doch wohl bezeugt, daß der

Der russische  
Feldzug von  
1828.

Metternichs  
Einmischungs-  
versuche.

einziges Fall, in dem Metternich in Fragen der auswärtigen Politik nicht den Ausschlag gab, in diesen Zeiten vorgekommen ist. Mitwirkend mochte dabei der schlechte Zustand der österreichischen Armee sein, die dank dem Ersparsystem zu einem großen Kriege kaum tauglich war. Jedenfalls sah der Kanzler sich genötigt einzulenkten. Noch im Januar 1829 sandte er den Grafen Ficquelmont in außerordentlicher Mission nach Petersburg um den Verdacht, als ob er Rußland gewaltfam Halt habe gebieten wollen, zu bekämpfen und ein besseres Verhältnis anzubahnen, was denn auch unschwer gelang. Nikolaus war zufrieden den Zwischenfall beseitigt zu sehen; er fühlte, daß er alle seine Kräfte brauche um den türkischen Krieg glücklich zu beenden, und scheute selbst ein Zurückweichen nicht, wenn er dadurch einer neuen Verwicklung entgehen konnte. Das zeigte sich im Frühjahr 1829 Persien gegenüber. In Teheran hatte der russenfeindliche Pöbel den als Dichter berühmten russischen Gesandten Gribojedow mit dem ganzen Gesandtschaftspersonal ermordet. Zu anderen Zeiten würde das ein erwünschter Anlaß gewesen sein um den kaum beendeten Perserkrieg wieder zu beginnen; jetzt begnügte sich der Zar mit der Abbitte, welche der Enkel des persischen Schahs, Chosrew Mirza, in Petersburg leistete. Mit möglichstem Nachdruck wurde der Krieg 1829 auf beiden Schauplätzen, in Europa und in Asien, wieder aufgenommen. Paskiewitsch drang siegreich in Armenien vor, erzwang sich durch einen kühnen Angriff den Übergang über das Sughanli-Gebirge, schlug dabei zwei türkische Heere und eroberte am 9. Juli Erzerum; in Europa übernahm an Wittgensteins Stelle Graf Diebitsch den Oberbefehl, während der Kaiser diesmal zu Hause blieb. Einige Schlappen, die General Roth, der Schumla belagerte, erlitt, führten in ihren Folgen zu einem glänzenden Siege der Russen. Kutagi nämlich, der jetzt den Titel Reschid Pascha trug, ließ sich durch seinen Sieg verleiten Roth zu verfolgen und seinen Stützpunkt Schumla zu verlassen. Diesen Fehler benutzte Diebitsch um durch einen Flankenmarsch von Silistria aus einen Teil seines Heeres zwischen Schumla und die Türken zu schieben. Als nun Reschid dies bemerkte und sich nach Schumla zurückwandte, kam es am 11. Juni 1829 zu der blutigen Schlacht von Kulewitscha, in der die türkische Armee zersprengt wurde und der Bezier selbst kaum der Gefangenschaft entging. Die Folge davon war zunächst der Fall von Silistria am 30. Juni und dann der Übergang über den Balkan, der jetzt, wo kein felbtüchtiges Heer mehr in Schumla stand, auch von dort aus nicht ernstlich behindert werden konnte. Schwierig blieb das Überschreiten des unwegsamen Gebirges freilich auch so und mit schweren Opfern mußte es erkauft werden; dafür durfte es aber auch als der Anfang vom Ende des Krieges gelten, und wenn Diebitsch durch einen Ehrennamen belohnt werden sollte, so nannte Nikolaus ihn mit Recht Sabalkansky. Die Türken ergriff jetzt wirklicher Schrecken und verblendete sie so, daß sie die Schwäche des russischen Heeres völlig verkamten. Ohne Widerstand

Die persische  
Verwicklung.

Der Feldzug  
von 1829.

Schlacht bei  
Kulewitscha.

ließen sie Diebitsch am 20. August in Adrianopel einziehen und sahen ihn schon im Geiste vor den Thoren Stambuls. Die Widerstandskraft des Reiches war gebrochen; derselbe mohammedanische Fatalismus, der so oft die Türken mit rücksichtsloser Todesverachtung erfüllt hatte, trieb sie jetzt zu ruhiger Ergebung in ihr Schicksal, das ihnen als gerechte Strafe für die europäischen Reformen des Sultans erschien. Selbst die Entfaltung der Fahne des Propheten, die sonst die Menge begeistert hatte, übte keine Wirkung. Obendrein rafften die Überbleibsel der Janitscharen sich zusammen und begannen Meutereien, die blutig erstickt werden mußten. So entschloß sich Mahmud zum Frieden, während kräftiger Widerstand ihm sicher Erfolg verhieß. Denn Diebitsch hatte kaum 20 000 Mann bei sich und England, durch das russische Vordringen erschreckt, war entschlossen es nicht zum äußersten kommen zu lassen, sondern im letzten Augenblick seine bewaffnete Vermittelung den Russen aufzuzwingen. Diebitsch erkannte seine Lage ebenso deutlich, wie der Sultan die seinige mißkannte. Durch ein unerwartetes diplomatisches Eingreifen Preußens wurde die Geneigtheit zum Frieden auf beiden Seiten noch gestärkt. Friedrich Wilhelm hatte dem Zaren, der ihn im Sommer besuchte, seine Vermittlung angeboten und nach erzieltm Einverständnis den General von Müßling nach Konstantinopel geschickt, um auch dem Sultan Nachgiebigkeit zu empfehlen. Seit Anfang August war der preußische General in diesem Sinne thätig; Diebitsch selbst aber behielt den Türken gegenüber seine stolze, siegesgewisse Sprache so erfolgreich bei, daß diese vollkommen getäuscht wurden und kein anderes Mittel versuchten um die harten Bedingungen zu mildern, als daß sie die guten Dienste Preußens annahmen. Schon am 15. August empfing Müßling eine Note, welche die Bereitwilligkeit zum Frieden aussprach. Der königliche Gesandte von Royer reiste selbst nach Adrianopel, um sich bei Diebitsch zu verwenden; aber großen Eifer entwickelte er dabei nicht, sondern war vielmehr bemüht, nachdem er ein paar kleine Zugeständnisse errungen, auf die Türken zu drücken. So entschlossen sich diese denn am 14. September 1829 zum Frieden von Adrianopel, in welchem sich Rußland neben den Kriegskosten Abtretungen an der kaukasischen Küste des Schwarzen Meeres und die Festung Ahalzik, sowie die sandigen Inseln an der Donaumündung ausbedang, alle anderen Eroberungen aber zurückgab. In bezug auf die Schiffahrtsstreitigkeiten, in denen es mit der Pforte lag, wurden ihm bedeutende Zugeständnisse gemacht, von denen die freie Durchfahrt durch den Bosphorus und die Dardanellen allen Völkern zu gute kam. Für die Donaufürstentümer wurden die Bestimmungen des Vertrages von Akkerman erneuert und darüber hinaus noch die Würde der Hospodaren lebenslänglich gemacht, den Mohammedanern neue Ansiedelungen untersagt und die Schleifung aller Festungen am linken Donauufer zugestanden. Was endlich Griechenland betraf, so mußte die Pforte seine Unabhängigkeit nach Maßgabe des Londoner Protokolls vom 22. März anerkennen.

Diebitsch in  
Adrianopel.Der Friede von  
Adrianopel.

Kapodistrias'  
Präsident-  
schaft.

Der Bestand des neuen Staates war damit freilich noch keineswegs gesichert. Weder das Vasallenverhältnis, in dem sie zu der Pforte stehen sollten, noch die Grenzen, die ihnen zugedacht waren, befriedigten die Hellenen, und obendrein waren die inneren Zustände noch immer nicht besser geworden; denn Kapodistrias hatte sich seiner Aufgabe in keiner Weise gewachsen gezeigt. Statt versöhnlich aufzutreten hatte er alle Parteien vor den Kopf gestoßen. Seine gründliche Verachtung des Fraktionsgeistes, der Hellas zerrüttete, konnte man ihm kaum zum Vorwurf machen; wohl aber, daß er sie offen an den Tag legte, obgleich er selbst doch auch mehr von Eigensucht als von Vaterlandsliebe geleitet wurde. Ich kenne euch schon, war bei Vorstellungen seine öfter wiederholte Anrede; ihr seid alle Kleinsten und Lügner! ihr habt euch neun Jahre mit den Türken gerauft und Ziegen und Schafe gestohlen; das sind eure Heldenthaten! Ohne Ansehen der Person und der Partei beleidigte er alle, die bis dahin eine Rolle gespielt, beraubte sie ihres Einflusses und setzte seine Geschöpfe an ihre Stelle. Nicht daß er diktatorische Gewalt zu erwerben suchte, war ihm zum Vorwurf zu machen — denn eine aufgeklärte Diktatur war vielleicht das beste, was dem Lande zu teil werden konnte; sondern daß er dabei jede Klugheit aus den Augen setzte und statt versöhnlich nur verlegend auftrat. Mit offenen Armen hatte man ihn aufgenommen, als er im Januar 1828 endlich angekommen war. Nach seinem Wunsche ging die Nationalversammlung sofort auseinander und überließ ihm eine Machtbefugnis, wie er sie nicht größer verlangen konnte. Auch als er ein Jahr später eine neue Vertretung des Volkes berief, genoß er trotz der unbedeutenden Erfolge, die er erzielt hatte, noch solches Vertrauen, daß 36 Bezirke ihn selbst zum Abgeordneten erkoren und die Versammlung ihm in allen Stücken willfährig war. Dafür forderte man nun aber auch, daß er seinen vermeintlichen Einfluß bei den Schutzmächten zur Erlangung der vollen Unabhängigkeit und besserer Grenzen verwerte. Natürlich wünschte Kapodistrias auch beides durchzusetzen; aber er wußte recht gut, daß, wenn er dies erreicht, seine Rolle ausgespielt sei und irgend ein europäischer Prinz den neuen Thron besteigen werde, und diesen Augenblick zu beschleunigen lag ihm keineswegs am Herzen. Zum Schein hatte er freilich selbst schon Ende 1828 den Prinzen Leopold von Koburg vorgeschlagen, dem die Londoner Konferenz denn auch am 3. Februar 1830 die Krone anbot. Die Abhängigkeit von der Pforte wurde ihm dabei nicht mehr zugemutet, wohl aber waren um den Sultan dafür zu entschädigen die Grenzen des neuen Königreiches noch enger gezogen als in dem Märzprotokoll. Das bewog den Prinzen zu zaudern, Bedingungen zu stellen und sich voll Bedenken gegen die Annahme der Krone zu zeigen. Im Laufe der Verhandlungen fand er sich dann zwar bereit die Bedingungen in bloße Bemerkungen zu verwandeln und nur eine als Forderung aufrecht zu erhalten, die Bürgschaft für eine Anleihe von 60 Millionen Franks. Aber als diese bereits

Prinz Leopold  
von Koburg.



genehmigt war und alles in Ordnung zu sein schien, trat er plötzlich vollständig von seiner Bewerbung zurück. Allgemein machte man ihm einen bitteren Vorwurf daraus und glaubte, der wahre Antrieb sei die Hoffnung gewesen, bei der plötzlichen schweren Erkrankung seines Schwiegervaters Georgs IV. Regent von England zu werden. Allein mehr als diese zweifelhafte Aussicht bewogen ihn zu dem plötzlichen Bruche Briefe von Kapodistrias, der ihm vorstellte, wie seine Lage von vornherein ganz verzweifelt sein werde, wenn er nicht bessere Grenzen mitbringe und eine Befragung des Volkes über seine Wahl erwirke, Forderungen, welche die Konferenz schon vorweg rund abgeschlagen hatte. So gewiß nun Leopold unter diesen Umständen für sein persönliches Wohl nichts Klügeres thun konnte als auf die dornenreiche Krone zu verzichten, ebenso gewiß war dieser Verzicht für Griechenland ein Unglück und Kapodistrias' Warnung nur ein Ausfluß des Wunsches die Königswahl möglichst lange hinauszuschieben um selbst möglichst lange Präsident zu bleiben. Er ahnte nicht, daß er damit sein eigenes Verderben beschleunige. Seine Feinde mehrten sich mit jedem Tage; es war ein dankbarer Vorwurf, den sie erhoben, daß er das Königtum Leopolds vereitelt habe. Denn wirklich hatten die Griechen mit Sehnsucht dem neuen Herrscher entgegengesehen, und nun verzögerte sich eine Ersatzwahl um so länger, als durch den Sturz der Bourbonen im Juli 1830 die Thätigkeit der Londoner Konferenz auf geraume Zeit gelähmt wurde. Währenddessen wuchs der Unfriede in Hellas; Kapodistrias wurde immer heftiger und härter; es kam bereits zu Aufständen, die gewaltsam unterdrückt werden mußten, ja in Hydra bildete sich im Sommer 1831 eine förmliche Gegenregierung, der Männer wie Mavrokordatos, Konduriottis, Miaulis angehörten. Durch einen kühnen Handstreich bemächtigte sich der letztere am 30. Juli der griechischen Flotte, die bei der Insel Poros lag, und als auf Kapodistrias' Ersuchen der russische Admiral Nikord ihm einen Teil der Schiffe wieder entriß, steckte er selbst die übrigen am 13. August in Brand um sie nicht in russische Hände fallen zu lassen. Aber nicht lange sollte sich Kapodistrias seines Erfolges erfreuen. Ein Aufstand unter den Mainoten hatte ihn veranlaßt fast die ganze Familie Mavromichalis, die angesehenste in jenem Berglande, verhaften oder doch in Nauplia bewachen zu lassen; ihr Haupt, den tapferen Petrobei, hielt er eingekerkert; fruchtlos verwandte sich selbst Nikord für ihn, gerührt durch die Bitten der 86jährigen Mutter des Gefangenen, welche 49 Glieder ihres Hauses für die Freiheit des Vaterlandes hatte fallen sehen. Da beschloßen Petrobeis Bruder und Sohn, Konstantin und Georgios Mavromichalis, die Ermordung des Tyrannen. Als er am 9. Oktober 1831 zur Kirche ging, feuerte der eine sein Pistol auf ihn ab, der andere stieß ihm den Dolch ins Herz. Beide büßten ihre That mit dem Leben; der Bruder wurde von dem Volke an Ort und Stelle getötet, der Sohn vor der Gefängniszelle des greisen Vaters erschossen. An Kapodistrias' Stelle trat, vom Senate gewählt, sein Bruder Augustin, dem Kolokotronis und Kolettis

Kapodistrias'  
Ausgang.

Augustin Ka-  
podistrias.

beigeordnet wurden. Allein dieser war der schwierigen Aufgabe noch weniger gewachsen; durch die unglaublichsten Wahlbeeinflussungen und Fälschungen brachte er zwar eine Nationalversammlung zustande, deren Mehrheit das blinde Werkzeug seines Willens war. Die Minderheit aber fügte sich nicht, sondern konstituierte sich besonders und wählte Kolettis zum Präsidenten, der darauf mit Ipsilantis und Zaimis eine Gegenregierung bildete; ein neuer blutiger Bürgerkrieg brach aus und nach wenigen Monaten, am 9. April 1832, sah sich Augustin zur Abdankung genötigt: während er sich auf einem russischen Schiffe mit dem Leichnam seines Bruders nach Korfu flüchtete, übernahm ein Ausschuß, in dem die Häupter der verschiedenen Parteien saßen, vorläufig die Regierung. Zwei Jahre waren so seit Leopolds Ablehnung verstrichen, ohne daß die Londoner Konferenz einen Ersatz gefunden hatte. Die Fürstensöhne drängten sich nicht nach der neuen Krone und die, welche sie hätten annehmen mögen, erweckten politische Eifersucht bei der einen oder der anderen Großmacht. Endlich fiel am 7. Mai 1832 die Wahl auf den zweiten Sohn des Königs Ludwig von Bayern, den Prinzen Otto, und wenn seine Jugend Bedenken erregen konnte, so sicherte ihm die treue Anhänglichkeit seines Vaters für die griechische Sache doch zunächst einen freundlichen Empfang. Die Bedingungen, welche man Leopold abgeschlagen hatte, gestand man ihm teilweise zu, man kehrte wieder zu der Grenzlinie Arta-Volo zurück, ließ seine Wahl durch die Nationalversammlung bestätigen und verbürgte auch ihm die nötige Anleihe. Bis zu seiner Volljährigkeit sollte eine bayerische Regentschaft aus dem Grafen Armanzperg, von Maurer und Heydeck bestehend, das Land verwalten; 3500 Bayern wurden ihr als Kern eines geordneten Heeres mitgegeben; auch an finanzieller Unterstützung ließ es König Ludwig nicht fehlen, indem er aus der bayerischen Staatskasse während der ersten 6 Jahre seinem Sohne 1 800 000 Gulden zuschießen ließ, die er 1849, als die bayerische Kammer dieses eigenmächtige Verfahren entdeckte, aus seinem Privatvermögen ersetzen mußte. Allein trotz dieser Unterstützung war der junge König nicht auf Rosen gebettet. Der jubelnde Empfang, der ihm bei seiner Landung in Nauplia am 6. Februar 1833 zu teil wurde, verrauschte bald; die Parteiungen wurden dadurch, daß die Regentschaft keine neue Nationalversammlung berief, wohl verhüllt, aber nicht unterdrückt, und einsichtsvolle Bayern mußten bald zu der Überzeugung kommen, daß trotz der vortrefflichen Gesetze, mit denen der Staatsrat Maurer das Land beglückte, und auch nachdem König Otto in Athen, das er 1833 zur Hauptstadt gemacht, am 1. Juli 1835 selbst die Regierung übernommen hatte, nicht eher Ruhe in dem zerklüfteten Lande möglich sei, ehe nicht „zehn Griechen mehr, als auf der Welt sind, gehangen seien“.

Prinz Otto  
von Bayern.

Die Regent-  
schaft.

der  
Sta  
dies  
Ales  
Una  
Mer  
wick  
der  
Mit  
Füß  
verf  
stär  
Gro  
Alli  
Ber  
eine  
feit  
Bay  
Thr  
mit  
viel  
Tad  
Bay  
sei  
Mit  
Ben  
die  
Dan  
von  
folg  
enge  
Sel  
schü  
Auc  
Ruf  
Öste  
wur  
sich  
für  
aber  
Jah  
des

## Deutschland und der Zollverein.

Bei den schwachen materiellen und geistigen Mitteln, über welche der griechische Staat verfügte, war sein Eintritt in das europäische Staatensystem von weit geringerer Bedeutung als die Art, in welcher dieser Eintritt sich vollzogen hatte. Von dem Augenblick an, wo Alexander auf den Petersburger Konferenzen als Anwalt der politischen Unabhängigkeit des hellenischen Volkes auftrat, war das Übergewicht Metternichs in der großen Politik gebrochen, und jede weitere Entwicklungsstufe des diplomatischen Kampfes hatte dann zur Erweiterung der Kluft zwischen Österreich und Rußland beigetragen. Gezicht hatte Nikolaus mit England und Frankreich in den europäischen Fragen Fühlung zu gewinnen und zu behalten gewußt; nicht minder erfolgreich verstand er den russischen Einfluß in den deutschen Mittelstaaten zu stärken. Fürsten, die wie der König von Württemberg nur mit bitterem Groll ihren Widerstand am Bundestage unter dem Druck der Heiligen Allianz aufgegeben hatten und durch ihre Familie obendrein in naher Verbindung mit dem russischen Hofe standen, sahen in dem neuen Zaren eine erwünschte Stütze, deren sie zur Gewinnung größerer Unabhängigkeit von Österreich sich zu bedienen hofften. Sehr deutlich trat dies in Bayern hervor, wo König Ludwig I. wenige Wochen vor Nikolaus den Thron bestiegen und seine Regierung zu Metternichs großem Verdruß mit der Aufhebung des Zensurediktes begonnen hatte. Ihm lag sehr viel daran sich von Österreich unabhängiger zu stellen; Metternichs Tadel und Drohungen erwiderte er mit Spott; er sei als König von Bayern nur Gott und der Verfassung verantwortlich; Kaiser Franz aber sei nicht der liebe Gott und Metternich ganz gewiß nicht die Verfassung. Mit Rußland in ein gutes Vernehmen zu treten, war sein eifrigstes Bemühen; in ihm, so schrieb er dem Zaren im Januar 1826, sehe er die stärkste Stütze Bayerns; das sei sein politisches Glaubensbekenntnis. Damit stand er also wesentlich auf demselben Boden, den König Wilhelm von Württemberg schon Alexander gegenüber und nicht immer ohne Erfolg behauptet hatte; beide süddeutsche Königreiche schlossen sich wieder enger aneinander und suchten gemeinsam mit Rußlands Hilfe ihre volle Selbstherrlichkeit gegen jeden Eingriff Österreichs und Preußens zu schützen, übrigens doch mit unverkennbarer Hinneigung zu Preußen. Auch unter den anderen Bundesstaaten fanden sich manche, die mit Rußlands Zustimmung sich Preußen näherten, und da andererseits für Österreich die Unterstützung des Berliner Kabinetts um so wertvoller wurde, je mehr seine Stellung zu Rußland sich verschlechterte, so ergab sich aus der politischen Gesamtlage von selbst ein gesteigertes Ansehen für Preußen. Die Frucht dieser günstigen Verhältnisse, nicht minder aber auch die weisen vorbereitenden Schritte, die selbst in den elenden Jahren von 1818—1825 nicht verabsäumt waren, trat in der Gründung des preußisch-darmstädtischen Zollvereins 1828 zu Tage.

Rußlands Einfluß.

Bayern.

Württemberg.

Wirtschaft-  
licher Zustand  
Deutschlands  
nach 1815.

Nach den Verheißungen der Bundesakte hätte man freilich erwarten sollen, daß gemäß dem § 19 die Bundesversammlung selbst Verkehr und Handel zwischen den einzelnen Staaten geordnet hätte. Aber das war trotz des dringenden Notstandes nicht geschehen. Zwei sehr verschiedene Umstände wirkten in den ersten Jahren nach 1815 zusammen um großes wirtschaftliches Elend hervorzurufen: die Entwertung der Manufakturen und die Teuerung der Bodenerzeugnisse. Diese war vornehmlich durch die schlechte Ernte von 1816 hervorgerufen, jene durch die urplötzliche Überfüllung des deutschen Marktes mit englischen Waren, die sich in der Zeit der Kontinental Sperre massenhaft angehäuft hatten und nun bei übertriebenem Angebot — allein 1818 wurden für 129 Millionen Gulden in Deutschland eingeführt — zu Spottpreisen bis zu 30 und 40 Prozent unter den Herstellungskosten verschleudert wurden, was natürlich den Ertrag des deutschen Gewerbes empfindlich schädigte. Der wirtschaftlichen Bildung jener Zeit entsprach es, daß man nicht einsah, wie dieser Zustand nur vorübergehend sein konnte, und daß man ihm durch einen von den Berliner Stadtverordneten am 27. Dezember 1816 gegründeten Verein entgegenwirken wollte, dessen Mitglieder ihr Ehrenwort gaben keine ausländischen Waren zu kaufen, wenn sie inländische Fabrikate bekommen könnten. Daß die Regierungen ihren Unterthanen an wirtschaftlicher Einsicht nicht voraus waren, bewiesen ihre Maßregeln gegen die Hungersnot, der sie durch gegenseitige Ausfuhrverbote der notwendigsten Lebensmittel zu steuern suchten. So stand denn bald der Scheffel Weizen am Rhein etwa 7 Mark höher als in Posen, während die größte Verschiedenheit innerhalb der preussischen Monarchie in den fünfziger Jahren nur eine Mark betrug. Besonders hart bedrängt war Württemberg; es wandte sich daher an den Bundestag und verlangte die Ausführung des Artikels 19. In dem Ausschuss, welcher deshalb niedergesetzt wurde, waren die besseren Einsichten leidlich vertreten; selbst die abgünstigen Mitglieder nannten den Gedanken eines einheitlichen deutschen Zollgebietes eine herzerhebende Idee, und die Mehrheit schlug die Aufhebung aller Beschränkungen des freien Verkehrs mit Getreide vom 1. Oktober 1817 an vor. Aber nicht einmal dieses bescheidene Ziel war zu erreichen. Bayern machte seine Zustimmung davon abhängig, daß sämtliche Bundesstaaten auch für ihre außerdeutschen Besitzungen beiträten, woran doch weder bei Dänemark und Holland, noch bei Osterreich zu denken war. Dieses erklärte vielmehr, daß bei der gesegneten Ernte des Jahres 1817 die Frage ihre Dringlichkeit verloren habe und man von einem Beschlusse deshalb füglich absehen könne.

Verhand-  
lungen am  
Bunde über  
Artikel 19.

Von der Tagesordnung in Frankfurt war damit die Herstellung eines leichteren Verkehrs wieder entfernt; aber sowohl in der öffentlichen Meinung wie von einzelnen Regierungen wurde die Frage festgehalten. In den Mittel- und Kleinstaaten klammerte man sich dabei, trotz des ersten Mißlingens, nach wie vor an den Bundestag. In diesem Sinne entfaltete besonders der Württemberger Friedrich List, ein Mann von

List's Verein  
deutscher Kauf-  
leute.

gründlicher wirtschaftlicher Bildung, die freilich oft durch die Leidenschaftlichkeit, mit der er seine Ziele verfolgte, verdunkelt wurde, eine lebhaftere Thätigkeit in den Kreisen der Gewerbetreibenden. Er stiftete einen Verein deutscher Kaufleute und Fabrikanten, veranstaltete eine Bittschrift an den Bundestag, begab sich nach Wien zu den Ministerialkonferenzen um dort für seine Ideen zu wirken und schlug sogar vor die Grenzzölle, welche an die Stelle aller Binnenmauten treten sollten, einer Aktiengesellschaft zu verpachten, indem er namens seines Vereines 30 Millionen Gulden dafür bot. Mit weniger Überschwänglichkeit verfocht der badische Staatsmann Nebenius ähnliche Ideen; in einer ausführlichen Arbeit, die er Ende 1818 aufsetzte und die später den Konferenzmitgliedern in Wien vorgelegt wurde, empfahl er die Herstellung eines allgemeinen deutschen Zollsystems, das von dem Bundestag ins Leben gerufen und geleitet werden sollte. So vortrefflich sich indes diese Pläne auch anhörten, so waren sie doch völlig unausführbar. Am Bundestage ließ sich nur durch Einstimmigkeit etwas ausrichten, und die war nicht zu erreichen; überdies fehlte sowohl Nebenius wie List die klare Einsicht, daß zur Gemeinsamkeit der Einfuhrzölle die wesentliche Gleichheit der inneren Verbrauchssteuern unerläßlich sei. Diese Einsicht besaß man in Berlin im vollsten Maße und war durch sie zu dem Plane gelangt von einer allgemeinen deutschen Zolleinigung vor der Hand ganz abzusehen und fürerst die wirren Zoll- und Steuerverhältnisse Preußens selbständig zu ordnen. Wie sehr das not that, lehrte schon der Umstand, daß es allein in den alten Provinzen 67 Zoll- und Accisetarife gab, von denen die letzteren 2776 Gegenstände umfaßten. Um diese Zustände zu beseitigen hatten schon während des Krieges von 1813 und 1814 preußische Staatsmänner wie Bülow und Eichhorn daran gearbeitet alle Zölle an die Grenzen zu verlegen und die anderen deutschen Staaten möglichst in dies System hineinzuziehen. Als sie damit nicht durchdringen und auch auf dem Wiener Kongreß ihre Pläne nicht verwirklichen konnten, zogen sie sich auf Preußen allein zurück. 1816 sprach eine königliche Verordnung die Absicht aus sämtliche Wasser-, Binnen- und Provinzialzölle durch ein allgemeines und einfaches Grenzzollsystem zu ersetzen; doch erforderte ein so mühsames Unternehmen natürlich sorgfältige Vorbereitung. Dem Fleiß und der Sachkenntnis des Generalsteuerdirektors Maassen fiel die Aufgabe zu das Zollgesetz vom 26. Mai 1818 auszuarbeiten. Nicht die kleinste Schwierigkeit bestand darin, daß die unverhältnismäßig ausgedehnte Grenzlinie des preußischen Staates, die bei 1073 Meilen Länge an 28 Nachbarn stieß, die Überwachung des Schmuggels fast unmöglich machte. Die Folgerungen, welche Maassen daraus zog, waren erstens die Aufstellung eines einfachen, übersichtlichen Tarifes, der die Waren in wenige große Gruppen brachte, und zweitens die Erhebung der Zölle nach dem Gewicht, nicht nach dem Werte der Waren. Bei der bedrängten Lage der preußischen Finanzen war das wichtigste Augenmerk

Nebenius.

Das preußische  
Zollgesetz von  
1818.

natürlich die Zölle einträglich zu machen; von dem System der Schutzzölle kam man fast gänzlich zurück; auf Manufakturen war nur ein Zoll von zehn Prozent, auf Kolonialwaren dagegen bis zu 20 Prozent gelegt. Preußen war somit der erste Staat, der unumwunden den Weg des Freihandels betrat und von den englischen Staatsökonomien als **Steuergefeße.** Muster und Vorbild aufgestellt werden konnte. Auch auf den übrigen Gebieten der Staatsverwaltung entwickelte sich eine rege Thätigkeit. 1819 wurden die Verbrauchssteuern auf Wein, Bier, Branntwein und Tabak eingeführt, 1820 die Gewerbe- und Klassen-, die Schlacht- und Mahlsteuer. Wenn dadurch dem Volke neue Lasten auferlegt wurden, so waren sie doch gerechter als die bisherigen, und durch verbesserte Einrichtungen mancherlei Art, die Handel und Gewerbe zu gute kamen, wurde **Berkehrsleben.** die Erwerbsfähigkeit gesteigert. So verwendete der König binnen elf Jahren fast 22 Millionen Thaler auf den Bau von Chausséen, deren Länge von 1817—28 von 523 auf 1065 Meilen stieg. Auch das Postwesen wurde unter Naglers Leitung unablässig verbessert, 1823 z. B. eine tägliche Verbindung zwischen Berlin und dem Rhein eingeführt, so daß Naglers Lob bald auf allen Wegen, von allen Reisenden erschallte. Nicht minder verdienstlich war die Ordnung des Münzwesens im Jahre 1821, die Regelung der Flußschiffahrt auf den großen Strömen und die Schiffsfahrtsakte vom 22. Juni 1822, die Gemeinheitsteilung und die Begründung ritterschaftlicher Hypothekenbanken, die Errichtung des Gewerbeinstitutes, der Provinzialgewerbschulen und des Vereines zur Beförderung des Gewerbefleißes, die man vornehmlich der Thätigkeit des Staatsrates Beuth verdankte, der segensreiche Einfluß, der von Thaers Akademie des Landbaues in Mögeln ausgehend unausgesetzt die Hebung der Landwirtschaft förderte. Diese hatte damals freilich eine schwere Krisis zu bestehen; trotz mannigfacher wohlgemeinter Staatshilfe vermochten die überschuldeten Gutsbesitzer sich nicht zu behaupten und in einzelnen Gegenden, wie in Ostpreußen, konnten gesündere Verhältnisse nur durch den massenhaften Verkauf des Landbesitzes herbeigeführt werden. Im allgemeinen aber war eine Hebung des Wohlstandes wie im übrigen Deutschland so auch in Preußen unverkennbar. Handel und Industrie nahmen einen stetigen Aufschwung; der Maschinenbetrieb brach sich nach und nach in immer zahlreichen Gewerben Bahn; auch die Dampfschiffahrt kam, zuerst auf der Weser, dann auch auf anderen Flüssen, in **Kunst.** Aufnahme. Und daneben wurde trotz der beschränkten Mittel doch auch die Pflege der Kunst nicht vernachlässigt. In München entwickelte König Ludwig seine großartige Freigebigkeit; Schinkel, Schadow, Rauch entfalteten ihre Thätigkeit in Berlin; das Schauspielhaus, das Museum, die Statuen der Helden aus den Befreiungskriegen erstanden; freigebig wies der König die Mittel zur Erwerbung von Gemälden und Kunstwerken an, so daß die Hauptstadt nach und nach auch in dieser Richtung der Bedeutung des preussischen Staates würdig sich darstellte.

Aber trotz dieser aufsteigenden Bewegung litten freilich die Erwerbsverhältnisse nach wie vor unter dem beengenden Druck der zahlreichen Zölle, welche Deutschlands Einzelstaaten voneinander trennten, und wenn für Preußen mit dem Zollgesetz von 1818 ein gewaltiger Fortschritt erzielt war, weil die ganze Monarchie dadurch ein einheitliches Wirtschaftsgebiet wurde, so erregte es um so größeres Mißfallen bei den Nachbarn, die ihren Verkehr dadurch behindert sahen, und vollends bei den Staaten, die von preußischem Gebiet umschlossen waren. Natürlich konnte diesen nicht die zollfreie Einfuhr der Artikel, die sie gebrauchten, gestattet werden; dagegen gebot die Billigkeit ihnen Anteil an den Grenzzöllen zu gönnen. Wollten sie darauf nicht eingehen, so konnte Preußen nur erklären, daß es den Zoll auf die Waren, welche durch sein Gebiet in jene Staaten eingeführt wurden, als Durchfuhrzoll erhebe. Doch lag dies keineswegs in der Absicht der preußischen Staatsmänner. Ihnen war es sehr erwünscht nicht bloß die kleinen Einschlüsse, wie Anhalt und einige Bestandteile der thüringischen Länder, sondern auch die Nachbarstaaten vollständig in ihr Zollsystem aufzunehmen und dieses so von Grenze zu Grenze vorzuschieben. Anteil an der Gesetzgebung wollten sie ihnen freilich nicht zugestehen, aber vollen Anteil am Ertrag der Steuern räumten sie bereitwillig ein. In diesem Sinne lud Eichhorn, in Zollsachen damals „die Seele des preußischen Ministeriums“ des Außern, Anfang 1819 die Nachbarregierungen zu Verhandlungen in Berlin ein; den thüringischen Staaten insbesondere wurde noch geraten sich erst untereinander zu einem Handelsverein zu verbinden und dann eine Zollvereinigung mit Preußen anzustreben. Indes so klar und so unangreifbar dieser Standpunkt war, so wenig wollte er den Nachbarn einleuchten. Nur der Fürst von Schwarzburg-Sondershausen nahm für einen Teil seines Ländchens den preußischen Vorschlag am 25. Oktober 1819 an; die übrigen Beteiligten und mit ihnen im Chorus die Unbeteiligten und die ganze öffentliche Meinung in Deutschland, von Ludens Nemesis an bis zu Rogebues politischem Wochenblatt, ergingen sich in zornigen Angriffen auf Preußen. Am leidenschaftlichsten verfuhr der Herzog von Anhalt-Röthen, dessen Gemahlin, eine Gräfin Brandenburg, obendrein Halbschwester des Königs war. Entschlossen niemals auf seine unverlierbaren Souveränitätsrechte zu verzichten, rief er für seine „über alle Angriffe erhabene Sache“ die Ministerkonferenz in Wien um Hilfe an. Aber obschon alles sich beeilte ihm Hilfe zu leisten und eigentlich nur Bayern nicht in den Lärm einstimmte, war doch nichts zu erreichen; denn Preußen beharrte fest auf seinem guten Rechte, ebenso entschlossen jede Rücksicht der Billigkeit zu üben wie keinen Schritt von dem Notwendigen zurückzuweichen. Eine Zeitlang sah es dem Treiben gelassen zu; endlich erforderte seine Würde und sein Interesse ein energisches Durchgreifen. Die Röthener betrieben nämlich, von den herzoglichen Behörden unterstützt, einen großartigen Schmuggel auf der Elbe. Während die Einwohnerzahl des Herzogtums zu der Preußens sich wie 9:1000

Das preußische Zollsystem.

Sondershausen.

Anhalt-Röthen.

verhielt, stand der Verbrauch ausländischer Waren wie 64, der von baumwollenen Waren gar wie 165: 1000. Nachdem sich beide Regierungen auch am Bundestage herumgezankt und hier die gesamte Opposition, Wangenheim an der Spitze, für Röhren eingetreten war, riß Preußen endlich die Geduld; es umgab 1822 das ganze Herzogtum mit Zollstellen und nahm ihm so den freien Handelsverkehr. Als auch das noch nicht wirkte und das inzwischen zum Katholizismus übergetretene herzogliche Paar keine Anstalten zum Nachgeben traf, wurde 1827 auch die Elbe beim Ein- und Ausfluß in Röhren abgesperrt und dadurch die Sache zur Entscheidung gebracht. Osterreich, das bisher den Widerstand gegen Preußen heimlich genährt hatte, brauchte jetzt dessen Hilfe gegen Rußland und drängte den Herzog von Röhren mit seinem Vetter von D<sup>essau</sup>. D<sup>essau</sup> zum Nachgeben, so daß endlich nach einem zehnjährigen Zollkriege am 17. Juli 1828 der Eintritt in das preußische Zollsystem erfolgte. Wenigstens ein Trost war den Besiegten vergönnt: sie hatten Genossen im Unglück. Der Bernburger Herzog war schon 1823 mit der Hälfte und 1826 mit seinem ganzen Staatsgebiete hinzugetreten, und Rudolstadt, Detmold, Weimar, Gotha, Schwerin nahmen wenigstens für einzelne Ämter daran teil. Vom nationalen Gesichtspunkte aus betrachtet war also die erreichte Einigung noch sehr unbedeutend, aber da der Anfang auch hier als das schwerste gelten mußte, so konnte man in Berlin doch mit Befriedigung auf den geschaffenen Kern hinsehen. Mit verständiger Zurückhaltung verzichtete man darauf die Nachbarstaaten zum Beitritt einzuladen; man wußte aus Erfahrung, daß dadurch die Eifersucht der Landesherren nur gereizt werde; die Geneigtheit sie in sein Zollsystem aufzunehmen hatte der König schon 1818 ausgesprochen; jetzt war es an jenen ihrerseits mit gutem Willen entgegenzukommen. Dabei war man gern bereit den Größeren einen Anteil an der Aufstellung des Zolltarifes zu gewähren und sah für Preußen, das sich natürlich nicht seinem Interesse zuwider überstimmen lassen durfte, eine genügende Bürgschaft in dem Kündigungsrechte. Die Grenzbevachung glaubte man freilich anfangs ganz allein in die Hand nehmen zu müssen; die Zolleinrichtungen der Kleinstaaten waren nicht danach angethan die gründliche Verhinderung des Schmuggels zu verbürgen; je deutlicher man aber einsah, daß dieser Verzicht auf die Anstellung eigener Zollbeamten mehr als irgend etwas sonst den Fürsten die Einigung mit Preußen verleide, ließ man auch diese Forderung fallen und begnügte sich mit einer gegenseitigen Überwachung. Alle diese Betrachtungen, Erwägungen und Entschlüsse entwickelten sich einstweilen freilich nur im Schoße und im Dunkel der preußischen Ministerien, nicht im Meinungs- austausch mit anderen deutschen Kabinetten. Zu einem solchen war jahrelang die Gelegenheit gar nicht gegeben; die Frage des Beitrittes größerer Nachbarstaaten war noch keineswegs praktisch geworden; aber man unterließ in Berlin nicht sie einstweilen grundsätzlich zu studieren um zur rechten Zeit seine Forderungen und Angebote bestimmt aussprechen zu können.

Anderer An-  
schlüsse.

Preußens  
Entgegen-  
kommen.



Die Mittel- und Kleinstaaten versuchten unterdes, ob sie nicht unter sich, ohne Anschluß an das gefährliche Preußen, einen „reindeutschen“ Zollverein zustande bringen könnten. Bayern, Württemberg, Baden, beide Hessen, Nassau und die thüringischen Staaten hielten zu dem Zweck auf Grund eines Wiener Vertrages vom 19. Mai 1820 Beratungen in Darmstadt, die am 13. September eröffnet wurden. Allein was jeder Unbefangene voraussehen konnte, trat sehr bald ein: so wenig wie dem preussischen Zollgesetz wollte irgend ein Staat sich dem bayerischen oder badischen Tarif unterordnen, und so wenig wie Preußen auf das seine verzichten konnte, so wenig war Bayern oder sonst eine Regierung dazu bereit. Dazu kam, daß die württembergischen Oppositionsgelüste sich der Darmstädter Konferenz und des zu gründenden Vereines als Mittels gegen die österreichische Politik bedienen wollten, und daß hierdurch nicht allein Metternichs Mißtrauen rege, sondern auch die getreuesten seiner Anhänger, wie Nassau und Baden, stutzig wurden. Nach beinahe dreijähriger Dauer gingen die Konferenzen endlich erfolglos auseinander. Darmstadt erklärte am 3. Juli 1823 seinen Austritt und bot damit Bayern den gewünschten Anlaß gleichfalls auszuscheiden. Nun versuchte man, was im größeren Kreise nicht gelungen war, wenigstens in kleineren Gruppen zu erreichen: 1824 kam es zu einem Zollvertrag zwischen Württemberg und Hohenzollern, zu gegenseitigen Erleichterungen zwischen Baden und Darmstadt und sogar zu einem Vertragsentwurfe zwischen Württemberg und Bayern, der auch den drei Rheinstaaten, Nassau, Darmstadt und Baden, zur Mitunterzeichnung vorgelegt werden sollte. Aber die Konferenzen, welche infolgedessen im Februar 1825 zwischen diesen fünf Regierungen in Stuttgart stattfanden, nahmen kein besseres Ende als die früheren. Die Interessen waren zu verschieden, der gegenseitige Argwohn zu groß; die Verhandlungen mußten im Juni abgebrochen werden und damit wurde auch der bayerisch-württembergische Entwurf vor der Hand zu Grabe getragen. Jedoch nicht für lange. Als im Oktober des Jahres Ludwig I. den Thron bestieg, griff er mit großem Eifer den Gedanken der Zolleinigung mit Württemberg wieder auf; ihm wie dem Könige Wilhelm erschien derselbe zugleich wie ein erster Schritt zu der ersehnten Unabhängigkeit ihrer Länder von den beiden Großmächten. Nach längeren Verhandlungen kam am 12. April 1827 ein neuer Entwurf zustande; noch einmal beschloß man die angrenzenden Staaten zum Beitritt aufzufordern und sie dabei auf die politische Bedeutung dieses rein-deutschen Bundes hinzuweisen; als dieser Versuch trotz aller aufgewandten Bemühungen erfolglos blieb, wurde der Vertragsentwurf am 18. Januar 1828 in einen wirklichen Vertrag verwandelt.

Für keinen Staat war die hierdurch geschaffene Lage unerträglicher als für Hessen-Darmstadt, das mit seinem geteilten Gebiet, seinen langen Grenzen, seinen unergiebigem Böden, seiner stets wachsenden Finanznot, sich dem preussischen oder dem süddeutschen Zollgebiet auf die Dauer gar nicht entziehen konnte. Von Bayern wurde keine Bemühung gespart

Die Darmstädter Beratungen.

Süddeutsche Zolleinigungen.

Darmstadts Lage.

um es zum Anschluß an den süddeutschen Verein zu bewegen. Aber teils politische Besorgnisse, teils die Hoffnung auf günstigere finanzielle Ergebnisse und der stärkere Handelsverkehr mit Preußen führten den Darmstädter Minister du Thil dahin mit diesem Staate anzuknüpfen. Schon 1825 hatte er in Berlin anfragen lassen, ob der König geneigt sei mit beiden Hessen einen Zollverein abzuschließen. Darauf war alsbald eine bejahende Antwort erteilt, aber nun zeigte sich, daß Kurhessen mit dem Antrage durchaus nicht einverstanden war. Mit Darmstadt allein sich zu verbinden war aber für die preussische Regierung sehr wenig verlockend. Sie hielt damals noch an dem Grundsatz fest ihr Zollsystem nur „von Grenze zu Grenze“ vorzuschieben, ein Verfahren, das eine fortschreitende Verkürzung der Zolllinie und daher einen gesteigerten Ertrag der Zölle sicherte. Unter diesem Gesichtspunkte konnte die Vereinigung mit Darmstadt sich nicht eben empfehlen. Die preussischen Zollgrenzen waren durch die nach und nach abgeschlossenen Verträge auf 992 Meilen heruntergebracht; Darmstadts Beitritt mußte sie auf 1108 Meilen verlängern, während die Vergrößerung des Zollgebietes nur 150 Quadratmeilen betrug. Auch der geringe Verbrauch von Kolonialwaren in dem Großherzogtum machte die Vereinigung für Preußen unvorteilhaft, da der Zollertrag ja nach der Kopfzahl geteilt werden sollte. Aber wenn alle finanziellen Gründe gegen den Vertrag sprachen, so redeten die politischen um so lauter zu seinen Gunsten. Einen deutschen Bundesgenossen, der sich in ernster Verlegenheit befinde, abzuweisen, hielt man für sehr bedenklich; andererseits gewann man die wichtige Stellung in Mainz und verhinderte den süddeutschen Bund über den Main vorzudringen. Gemeinsam mit dem Finanzminister von Moz, der seit 1825 an Klewiz' Stelle getreten war, hoffte Eichhorn auch, daß Darmstadts Beispiel, wenn sich die Arznei, die es für seine Finanznot suche, als wirksam erweise, bei seinen Leidensgefährten bald Nachfolge finden werde. Und so wurde denn das Anerbieten du Thils einen geheimen Bevollmächtigten, von Hofmann, zum Abschluß eines Zollvertrages nach Berlin zu schicken, angenommen, und schon am 3. Februar konnte der König die mit diesem getroffenen Vereinbarungen genehmigen. Sie hielten sich durchaus auf dem Boden der Zugeständnisse, welche in preussischen Regierungskreisen schon vorher als zulässig anerkannt waren. Darmstadt nahm den preussischen Tarif an, versprach die wichtigsten preussischen Verbrauchssteuern einzuführen, behielt seine eigene Zollverwaltung, war in der Zollgesetzgebung formell gleichberechtigt und nahm an den Einkünften nach der Kopfzahl teil. Von sechs zu sechs Jahren hatten beide Staaten das Recht der Kündigung.

Der Verdruß über diesen Vertrag war an beinahe allen deutschen Höfen gleich groß; nur die Geschicklichkeit den Ärger zu verstecken und die Gewandtheit einen Gegenschlag auszufinnen war verschieden. Durch seine geographische Lage wurde Kurhessen in diesen Wochen der wichtigste Staat in Deutschland. Sein Beitritt zu dem preussisch-darmstädtischen

Kurhessen.

Der preussisch-darmstädtische Zollverein.

Verhandlungen mit Kurhessen.

Vertrage würde nicht allein die Zollgrenzen wesentlich verkürzt, sondern auch die beiden Teile der preußischen Monarchie verbunden haben. Deshalb war auch in Berlin beschlossen worden, daß der Großherzog von Hessen seinen kurfürstlichen Vetter zum Anschluß einladen solle. Dies zu verhindern mußte das nächste Ziel der Gegner sein, und so bildete denn Kassel in den nächsten Monaten ein wahres Heerlager von amtlichen und geheimen Sendlingen der mittelstaatlichen Regierungen. Bei dem Charakter des Kurfürsten, der überdies zu seinem Schwager, dem König von Preußen, in den übelsten Beziehungen stand, hatten sie keine schwere Aufgabe zu lösen. Erschien es jenem doch schon als eine schwere Ungehörigkeit, daß Darmstadt überhaupt Verabredungen in Beziehung auf seine Staaten mit Preußen zu treffen gewagt hatte. „Ich bin Chef des hessischen Hauses, erklärte er dem Gesandten des Großherzogs, und werde Anmaßungen, wie der Großherzog sie sich erlaubt hat, nicht dulden, seine Bitte nicht gewähren.“ Aber mit diesem nächsten Erfolge waren die mittelstaatlichen Höfe noch nicht zufrieden; sie wollten den Beitritt Kurhessens zum preußischen Zollsystem womöglich auch für die Zukunft vereiteln. Dabei trennten sich denn freilich ihre Wege. Bayern und Württemberg wünschten Kurhessen als dritten für ihren eigenen Bund zu gewinnen; das erwies sich aber bald als hoffnungslos; schon im Mai erklärte der Kurfürst, er wolle mit den bayerischen Mautrittern nichts zu thun haben. Sachsen dagegen und die thüringischen Staaten bedurften der Mitwirkung des Kurstaates zu einem anderen Plane, der die natürliche Entwicklung des preußischen Zollvereins dauernd verhindern sollte. Es handelte sich um nichts Kleineres als einen mitteldeutschen Gegenzollverein, der sich zwischen den preußischen und den süddeutschen Handelsbund einschieben und beider Verbindung hindern sollte. Dieser Gedanke war schon Ende März zwischen dem Herzog von Gotha, dem sächsischen Minister Carlowitz und ein par thüringischen Staatsmännern in Vertragsform gebracht worden. Man versprach sich alle zwischen den preußischen und bayerischen Zolllinien gelegenen Staaten zum Beitritt zu werben und ging sogleich mit Erfolg ans Werk. Die thüringischen Staaten, Nassau, Frankfurt, Bremen, Hannover, Braunschweig, endlich auch Kurhessen, das dem neuen Vereine zur Herstellung der Gebietseinheit ganz unentbehrlich war, schlossen sich an und im Sommer 1828 war der „mitteldeutsche Handelsverein“ fertig. Auf den Kasseler Konferenzen erhielt er am 24. September 1828 seine Gesetze. Man trug sich mit den kühnsten Plänen. Nicht zufrieden damit, bis 1834 — denn so lange sollte der Bund dauern — jede Vergrößerung des preußischen Zollvereins links der Elbe vereitelt zu haben, hoffte man durch hohe Durchfuhrzölle auf den Straßen, welche die beiden Teile der preußischen Monarchie verbanden oder den Verkehr zwischen ihr und Bayern vermittelten, einen solchen Druck in Berlin ausüben zu können, daß der König sich den Bedingungen des Handelsvereins zuletzt demütig werde fügen müssen.

Der mittel-  
deutsche Han-  
delsverein.

Preußens  
Gegenaufstren-  
gungen.

Der Gedanke war an sich nicht übel erforschen; es fragte sich nur, ob die preußischen Staatsmänner keine Mittel fanden ihn zu vereiteln, und diese Frage fiel mit der anderen zusammen, ob die Staaten des Handelsvereins wirklich unerschütterlich zusammenhalten würden. In Berlin war man von dem Gegenteil überzeugt und hatte von der inneren Zwietracht des neuen Bundes so genaue Kenntnis, daß man darauf einen Feldzugsplan baute, der mit großer Kühnheit und Sicherheit durchgeführt wurde. Mit verdoppelter Anstrengung förderte man den Chausseebau, besonders auf denjenigen Strecken, welche als Ersatz für solche dienen konnten, die durch nichtpreußisches Gebiet führten; von 1825—29 sind 285 Meilen gebaut worden; 1830 sollten nicht weniger als 142 hinzukommen. Sodann aber wandte man sich an Bayern und suchte dort die Gemeinsamkeit der Interessen beider Zollvereine gegenüber dem Handelsbunde zum Bewußtsein zu bringen. Der Baron von Cotta, der selbständig auf gleiche Ideen gekommen und in diesem Sinne bei König Ludwig schon thätig geworden war, diente als Mittelsperson. Er kam als vertraulicher Bevollmächtigter nach Berlin und fand leicht den Weg zu amtlichen Verhandlungen. Am 8. März 1829 wurden dieselben eröffnet und am 27. Mai bereits der Vertrag zwischen beiden Zollbünden vollzogen. Zu einer Verschmelzung war die Zeit freilich noch nicht gekommen; dazu war das Grenzgebiet, auf dem beide sich berührten, zu schmal. Aber man verminderte nicht allein gegenseitig die Zölle auf Fabrikate und hob sie für alle Erzeugnisse der Natur, des Gewerbleißes und der Kunst völlig auf, sondern man verabredete auch jährliche Zollkonferenzen behufs weiterer Annäherung und verpflichtete sich mit gemeinsamen Grenznachbarn keine einseitigen Handelsverträge abzuschließen.

Vertrag mit  
Bayern und  
Württemberg.

Verträge mit  
Meiningen  
und Gotha.

Auf diesen ersten Schritt folgte bald ein zweiter. Sollte der Verkehr mit Bayern sich lebhafter entwickeln, so bedurfte man Handelsstraßen, die von dem mitteldeutschen Verein nicht mit Durchfuhrzöllen belegt werden konnten. Es galt also unter den Kasseler Verbündeten solche auszufinden, die trotz der übernommenen Verpflichtungen nicht blind für die Vorteile waren, die ihnen aus dem Erblühen eines lebhaften Durchfuhrverkehrs erwachsen mußten. Gelang das, so war ein großer Sieg erfochten; man hatte die Gegner mit ihren eigenen Waffen, ihrer eigenen Straßenpolitik geschlagen. Unverdroffen machte sich Noth an diese Aufgabe und löste sie schnell. Schon Anfang Juli 1829 unterzeichneten Meiningen und Gotha einen Vertrag, kraft dessen Preußen ihnen das Geld vorschob um einen großen Straßenzug zu bauen, der von Langensalza über Gotha in zwei Armen nach Würzburg und Bamberg führen und von jedem Durchfuhrzoll befreit bleiben sollte. Der Schlag war für den mitteldeutschen Verein tödlich; eine unabhängige preußisch-bayerische Handelsstraße Hamburg-Nürnberg war gesichert; der alten Frankfurt-Kasseler Linie drohte die gefährlichste Konkurrenz; ein Mittel das Unheil abzuwenden gab es nicht. Vergebens tagten die Diplomaten im Sommer 1829 von neuem in Kassel und tobten wider

Spaltung des  
mitteldeutschen  
Vereins.

die beiden kleinen Verräter; vergebens suchten sie sich mit einer Verlängerung ihres Vertrages um 6 Jahre zu trösten und beschloßen, daß jede Veränderung des Durchfuhrtarifs auf den großen Straßen fortan nur nach gemeinsamer Verabredung statthaben dürfe. Das Unglück war geschehen und nicht mehr rückgängig zu machen. Meiningen und Gotha weigerten den Beitritt zu dem neuen Vertrage, die beiden Neuf verpflichteten sich gar im voraus sich 1834 dem preußischen oder dem bayerischen System anzuschließen; selbst in Frankfurt, in Nassau, in Sachsen, entschloß man sich nur langsam zum Beitritt. Die Niederlage der Gegner Preußens war vollständig.

Da thaten sich die eifrigsten auf eigene Hand zusammen um in dem Handelsbunde einen engeren Bund zu schließen; es waren Hannover und Oldenburg, Braunschweig und Kurhessen. Aber der Tag, an welchem sie den Entwurf ihres Zollvereines, den Einbecker Vertrag, unterzeichneten, war der 27. März 1830, und ehe dieser Entwurf bestätigt werden konnte, war die Julirevolution mit ihren Nachwirkungen in Braunschweig, Kassel und Hannover dazwischen getreten und hatte überall das alte Regiment gestürzt. Von besonderer Bedeutung war das in Kassel. Denn Kurhessens Beitritt zu dem Einbecker Vertrag war durch kein Interesse des Landes geboten, während man einer engeren Verbindung von Hannover, Braunschweig und Oldenburg selbst in Berlin nicht jede Berechtigung bestritt, zumal im Hinblick auf die handelspolitische Abhängigkeit, in der Hannover zu England stand. In Kassel dagegen konnten die neuen Männer — und Finanzminister wurde ein Moß, ein Verwandter des leider am 30. Juni 1830 gestorbenen preußischen Moß — nicht auf der bisherigen Bahn verharren; ein völliger Umschwung trat ein, und unbekümmert um seine vertragsmäßigen Verpflichtungen, die Einbecker wie die Kasseler, schloß sich der Kurfürst am 25. August 1831 dem preußisch-darmstädtischen, nunmehr preußisch-hessischen Zollvereine an. Damit war wie zwischen Preußen und Bayern, so auch zwischen den Rheinlanden und der alten Monarchie die Verbindung hergestellt; erschweren konnten die Gegner die Weiterbildung des Werkes vielleicht noch manchmal; erschüttern konnten sie es nicht mehr. Preußen hatte einen neuen festen Fuß in Deutschland gefaßt und durch die geduldige besonnene Arbeit seiner Staatsmänner den Grund zum Wiederaufbau deutscher Größe gelegt. Ein bewußtes Streben nach politischer Herrschaft hatte sie dabei nur im geringsten Maße geleitet; ihre Absicht war das materielle Wohl des eigenen Staates zu fördern; aber gerade darin, daß sie dies nicht wirksamer thun konnten, als indem sie die Nachbarländer an denselben Segnungen teilnehmen ließen, darin, daß Preußens Vorteil mit dem seiner Bundesgenossen zusammenfiel, daß es diesen sogar Opfer bringen konnte um ihre Mitwirkung zu gewinnen, gerade darin zeigte sich am klarsten, daß es kein leeres Wort, keine begehrlche Anmaßung war, wenn der preu-

Der Einbecker Vertrag.

Kurhessens Eintritt in den Zollverein.

Preußens Stellung zum Zollverein.

bische Staat sich für berufen hielt die Führung Deutschlands zu übernehmen und zunächst die Gemeinsamkeit der Verkehrsinteressen, weiterhin aber auch in unabweisbarer Folge die politische Vertretung des gesamten Vaterlandes unter seine Obhut zu stellen.

### Englands innere Reformen.

Das Ausland  
und der Zoll-  
verein.

Das Ausland schenkte der Begründung des preußischen Zollvereins bei weitem nicht die Beachtung, die sie verdiente. Metternich ließ das Berliner Kabinett auf diesem Gebiete, das ihm persönlich recht fremd war, nach Belieben schalten oder beschränkte sich doch auf geheime Gegenwirkung; in Paris war man mit ganz anderen Dingen beschäftigt und hielt geraume Zeit diese kleinlichen Vorgänge in Deutschland kaum der Aufmerksamkeit wert. Rußland hatte nichts dawider, wenn Preußen sich auf diesem Wege einigen Ersatz schaffte für den schweren Schaden, den es durch die Zollgesetzgebung seines östlichen Nachbarn erlitt. Mit völliger Nichtachtung der Verkehrsfreiheit, die nach den Verträgen von 1815 zwischen Preußen und Polen bestand, führte Alexander nämlich 1822 Grenzzölle von solcher Höhe ein, daß dadurch der Handel der angrenzenden preußischen Provinzen aufs schwerste litt, und keine Vorstellungen vermochten ihn zu Änderungen zu bewegen. Das meiste Verständnis, freilich auch nur erst in engen Kreisen, fand die preußische Freihandelspolitik in England. Schon 1820 wandte sich die Londoner City mit einer Bittschrift an das Unterhaus, in welcher das Zollgesetz von 1818 als ein segensbringendes Vorbild anempfohlen wurde, und sieben Jahre nachher sprach William Huskisson, Cannings Kollege im Handelsministerium, die Hoffnung aus, daß auch England sich mit der Zeit eines gleichen Tarifes werde rühmen können. Seine Stellung an der Spitze des Handelsamtes und die Billigung, die seine Anschauungen bei anderen Ministern wie Canning, Peel und Robinson fanden, benutzte er um vorsichtig und allmählich mit den vielen Beschränkungen aufzuräumen, denen Handel und Schiffahrt in England dank dem alten Schutz- und Abwehrsysteme unterlagen. Fremden Schiffen wurden die höheren Hafengebühren, die sie bisher gezahlt, erlassen und der Verkehr mit den englischen Niederlassungen gestattet, nur daß sie von dort keine Waren in britische Häfen führen durften. Viele Zölle wurden ermäßigt, Einfuhrverbote aufgehoben und 1825 ein neuer Tarif ausgearbeitet. Schon einige Jahre früher hatte Robert Peel durch seine Bankakte die englische Bank verpflichtet, die seit 1797 eingestellten Barzahlungen bis zum 1. Mai 1823 wieder aufzunehmen und hatte England vor allen anderen Nationen den großen Vorteil der Goldwährung verschafft. Handel und Verkehr nahmen infolgedessen einen gewaltigen Aufschwung, aber freilich wuchs auch der Leichtsinns und die Berwegenheit in den Geschäften. Bezeichnend dafür war es, daß in dem einen Jahre 1825 das Parlament die Gründung von 286 Aktiengesellschaften genehmigte,

Rußland.

England.

Englische  
Handels-  
reformen.

während bis dahin nur 276 bestanden hatten. Die Folgen dieser Maßlosigkeiten blieben nicht aus; gegen Ende des Jahres begann eine der schwersten Handelskrisen, die England durchzumachen gehabt hat. Allein sobald diese überstanden und der Markt von den zahlreichen unsoliden Geschäften gereinigt war, blühte die Handelsthätigkeit um so kräftiger auf und mit ihr der Wohlstand des Landes. Schon hatte die Dampfschiffahrt eine gewisse Bedeutung für den inneren Verkehr gewonnen; nach und nach errang sie sich auch zur See neben der Segelschiffahrt eine größere Stellung; selbst die Anfänge des Eisenbahnbetriebes mittels der Lokomotiven traten durch Stephensons glänzende Erfindung schon 1821 in der Kohlenbahn Stockton-Darlington, bald (1830) auch in der ersten Linie mit Personenbeförderung (Manchester-Liverpool) zu Tage. In anderer Weise förderte Canning's auswärtige Politik den Aufschwung des Handels. Der größte Dienst, den er der Geschäftswelt leistete, war die Anerkennung der neuen amerikanischen Staaten. Denn dadurch stellte er deren Bestand gegen europäische Angriffe, die ohne Englands Flotte aussichtslos waren, vollständig sicher und ermöglichte so den ungeahnten Aufschwung ihres Handels, dessen Löwenanteil natürlich England als der größten Seemacht zufallen mußte. Auf die Befestigung der inneren Verhältnisse in den südamerikanischen Staaten konnte freilich keine fremde Macht Einfluß gewinnen. Ihr gehoffter und gefürchteter Einfluß auf die europäische Politik blieb deshalb aus und es berührt uns heute sehr seltsam, wenn wir lesen, wie man im Kreise der deutschen Bundestagsgesandten im Jahre 1818 die näheren Nachrichten über eine neue südamerikanische Revolution mit einer Spannung und Neugier erwartete, wie sie nur einem hochwichtigen Ereignis entgegengetragen wird. Nur wenige mochten damals voraussehen, daß diese republikanischen Gebilde der neuen Welt weit mehr geeignet sein würden abschreckend als ansteckend auf die europäischen Schwärmer zu wirken.

Damals aber belebten die unklaren und verworrenen Nachrichten, die über den Ozean herüber klangen, allerdings die Hoffnungen des Liberalismus, und Canning's Name war auch auf dem Festlande hochgefeiert, seit er die Anerkennung der Republiken vollzogen hatte. Daß ein Tory diesen Schritt gethan, erhöhte seine Bedeutung. Derselbe Tory trat in Griechenland und wo er sonst die Gelegenheit fand, mit gleicher Schärfe den absolutistischen Gelüsten gegenüber und trug kein Bedenken „der bürgerlichen und religiösen Freiheit auf dem ganzen Erdenrund“ einen öffentlichen Trinkspruch zu bringen. Auch in der heimischen Politik zeigte er eine maßvolle und verständige Hinneigung zum Fortschritt, wie sie nach Metternich's Ansicht mit der Rolle eines konservativen Staatsmannes durchaus unverträglich war. Auch Englands konstitutionelles Leben krankte ja an schweren Übeln. Obgleich das Volk dem Herrscher gegenüber alle Rechte besaß, die es zur Verhinderung absoluter Willkür gebrauchte, so wirkte zur Ausübung dieser Rechte doch nur ein kleiner Teil der Nation mit. Seit Jahrhunderten war in der Zusammensetzung

Aufschwung des Handels.

Eisenbahnen.

Canning's auswärtige Politik.

Parlamentsreform und Katholiken-Emancipation.

des Unterhauses keine wesentliche Veränderung vorgegangen; dieselben Städte schickten noch dieselbe Zahl von Vertretern ins Parlament, die ihnen unter ganz anderen Verhältnissen zugestanden war. So kam es, daß kleine verrottete Landstädtchen, die sogenannten rotten boroughs, deren ganze Wählerschaft von irgend einem mächtigen Pair abhing, mehrere Abgeordnete ernennen konnten, während blühende und täglich wachsende Fabrik- und Handelsstädte ganz unvertreten blieben, weil ihr Entstehen oder doch ihr Aufschwung nicht bis ins Mittelalter zurückging. Noch bedenklicher aber als dieser Übelstand war ein zweiter. Durch Gesetze, welche nach den beiden Revolutionen unter Karl II. und Wilhelm III. erlassen waren, sahen sich die Katholiken Englands und Irlands von der Wählbarkeit zum Parlamente ausgeschlossen. Zumal für die Iren war dies unerträglich, da sie — zu sieben Achteln katholisch — damit zugleich des einzigen Mittels verlustig gingen, durch das sie ihre bedrückte Lage hätten bessern können. Fast alles Grundeigentum ihrer Insel befand sich in englischen Händen; sie selbst konnten ihr heimatliches Land fast nur als Pächter bebauen; den geringen Ertrag, welchen hohe Pachtsummen ihnen von den Früchten ihrer Arbeit ließen, schmälerten schwere Steuern, von denen besonders die fränkend und drückend waren, welche zum Unterhalt der protestantischen Geistlichkeit erhoben wurden. Dem schweren Elend des irischen Landmannes konnte nur durch einen Kampf im Parlament ein Ende gemacht werden, und dieser Kampf war nicht eher möglich, als bis den Katholiken der Eintritt in dasselbe offenstand. Während daher in England der Ruf nach Parlamentsreform hauptsächlich von den Bewohnern der unvertretenen Großstädte ausging, spitzte er sich in Irland vornehmlich zu dem Verlangen nach Gleichstellung der Katholiken zu. Canning nahm zu dieser Frage eine vorurteilslose Stellung ein; er begriff nicht, wie man aus Furcht vor vielleicht 30 Gewählten lieber 300 000 Wähler in Zorn und Unwillen treibe. Aber nicht alle Mitglieder des Ministeriums Liverpool dachten so; selbst Robert Peel, sonst sein treuer Gesinnungsgenosse, leistete in diesem Punkte ihm Widerstand. Das Unterhaus war in seinen Mehrheiten schwankend; meist nahm es die seit 1821 fast jährlich wiederkehrenden Anträge der Katholikenfreunde, besonders Burdetts und Plunketts an, dann verwarf es sie wieder; und auch wenn es sie annahm, wurden sie nicht Gesetz, weil das Oberhaus sich ihnen standhaft widersetzte. Immerhin war über den letzten Ausgang des Ringens kaum noch ein Zweifel möglich; die Gegner der Gleichberechtigung durften bei der mächtigen Aufregung in Irland nur von Gewaltmaßregeln noch ihren Sieg erhoffen. Heftig erbittert standen sich dort die Parteien gegenüber; auf der einen Seite die Protestanten in den oranischen Logen, auf der anderen, von D'Connell geführt, die Katholiken in der 1823 gegründeten Assoziation. Das Jahr 1827 schien die letzteren endlich zum Siege zu führen. Eine lebensgefährliche Erkrankung Lord Liverpools brachte im April Canning an die Spitze des Ministeriums, und diese Wandlung

Canning's  
Ministerium.

vera  
ergä  
so a  
Pa  
schon  
God  
Auf  
Der  
war  
nich  
Hus  
Zug  
seine  
Koll  
auch  
Die  
Test  
dadu  
städt  
seine  
Abe  
lisch  
Ihr  
alt  
unbe  
schei  
Par  
zu k  
Frei  
belie  
das  
Clan  
als  
ganz  
auf  
Grei  
fand  
des  
sach  
ande  
Sach  
er u  
der  
bish  
er B



veranlaßte Robert Peel und seine meisten Kollegen zum Austritt. Canning ergänzte sein Kabinet durch Whigs wie Lord Lansdowne und arbeitete so an einer Verschmelzung der gemäßigten Gruppen in den beiden großen Parteien. Unglücklicherweise war diese Verbindung von kurzer Dauer; schon am 8. August 1827 starb Canning und sein Nachfolger Lord Goderich (Robinson), der das alte Kabinet zu erhalten strebte, war dieser Aufgabe nicht gewachsen und mußte schon um die Jahreswende abtreten. Der Herzog von Wellington, der am 10. Januar 1828 sein Nachfolger ward, konnte sich freilich den Einflüssen und Forderungen der Zeit auch nicht völlig entziehen. Zwar so lange er die „Canningiten“ Dudley, Huskisson, Palmerston noch in seinem Kabinet hatte, schien ein weiteres Zugeständnis an die öffentliche Meinung nicht nötig; erst als diese zu seiner großen Befriedigung austraten und nun der Verlust der liberalen Kollegen liberale Maßregeln notwendig machte, entschloß sich der Herzog auch in der Katholikenfrage einen großen Schritt entgegenzukommen. Die Einleitung dazu bildete die Aufhebung der Korporations- und der Testakte, zweier Gesetze von 1661 und 1673, welche die Katholiken dadurch von allen Ämtern ausschlossen, daß sie jeden königlichen oder städtischen Beamten verpflichteten einen Monat nach dem Eintritt in seine Stellung das Abendmahl nach anglikanischem Ritus zu nehmen. Aber dieses Zugeständnis genügte bereits nicht mehr. Die irisch-katholische Bewegung begann einen immer heftigeren Pulsschlag anzunehmen. Ihre Seele war der Dubliner Advokat Daniel O'Connell, ein Mann aus altirischem Blut und von einer wundersamen Beredsamkeit, die ihm die unbedingteste Gewalt über seine Landsleute gab. Er beschloß den entscheidenden Schritt zu wagen und sich trotz seines Katholizismus ins Parlament wählen zu lassen; ja er hatte den Mut sich um einen Sitz zu bewerben, den er einem Mitgliede des Kabinetts, einem anerkannten Freunde der Emanzipation, einem wegen seiner Milde selbst bei den Iren beliebten Edelmann, dem Lord Fitzgerald, streitig machen mußte. Und das Wagnis gelang wirklich. Sechs Tage wogte in der Grafschaft Clare ein erbitterter Wahlkampf; am 5. Juli 1828 wurde O'Connell als Sieger ausgerufen. Ein gewaltiger Ausbruch der Freude erfüllte ganz Irland; in allen katholischen Kirchen wurden Hochämter abgehalten, auf allen Bergen brannten Freudenfeuer. Auch in England erregte das Ereignis bei den Liberalen große Zufriedenheit; die Regierung aber befand sich in einer bedrängten Lage. Nach dem Gesetze war die Wahl des Katholiken ungültig; aber ließ sich dies Gesetz der vollendeten Thatsache gegenüber noch halten? Konnte die Ausschließung O'Connells anders als durch einen Bürgerkrieg erzwungen werden? Bei dieser Sachlage entschloß sich Wellington zum Nachgeben. Zwar unterdrückte er um die Autorität der Regierung aufrecht zu erhalten die Assoziation, der O'Connell seine Wahl hauptsächlich zu danken hatte, und rief den bisherigen Vizekönig, den Marquis von Anglesea, ab; aber zugleich traf er Vorbereitungen zur Aufhebung der Gesetze, welche die Katholiken vom

Sein Tod.  
Lord Goderich.

Aufhebung  
der Testakte.

O'Connells  
Wahl.

Emanzipation  
der Katholiken.

Parlament ausschlossen, und ließ den König in seiner Thronrede vom 5. Februar 1829 diesen Schritt empfehlen. Damit war der Erfolg auch schon gesichert; die widerstrebenden Elemente in beiden Häusern konnten trotz des Petitionensturmes, der sich gegen die Neuerung erhob, der anerkannten Notwendigkeit nicht standhalten; nach heftigen Debatten genehmigte das Unterhaus am 30. März und wenige Tage später das Oberhaus das Gesetz, das am 13. April 1829 vom Könige bestätigt wurde. Nur eine Klausel wurde den katholischen Parlamentsmitgliedern noch auferlegt: sie mußten eidlich geloben nichts gegen die protestantische Staatskirche zu unternehmen.

Parlaments-  
reform.

D'Connell trat, nachdem er sich einer Neuwahl unterzogen, in das Unterhaus ein und das Oberhaus wurde durch acht katholische Lords erweitert; einer der wesentlichsten Mängel der englischen Verfassung war damit gehoben und man durfte sich der Hoffnung hingeben, daß nunmehr auch für die irischen Zustände ein wirksames Heilmittel gefunden werden könne. Auf der anderen Seite aber mußte es für selbstverständlich gelten, daß jetzt auch die Forderung einer besseren Vertretung, welche aus dem Schoße der Großstädte laut geworden war, befriedigt wurde. Wenn der Ruf nach Emanzipation der Katholiken Erfolg gehabt hatte, weshalb sollte dann der andere nach Parlamentsreform unerhört bleiben? Die Zustände waren doch in der That himmelschreiend. Man berechnete, daß kaum der fünfte Teil der Unterhausmitglieder aus freier Wahl hervorging, daß 293 Sitze von der Aristokratie direkt oder fast direkt besetzt wurden, daß nicht weniger als 204 rotten boroughs das Parlament beschickten. Man wies darauf hin, wie 45 von diesen weniger als 50 Wähler zählten; man entdeckte zwei unter ihnen, die nur noch aus zwei Häusern bestanden und doch je zwei Abgeordnete ernannten; man stellte dem Städte gegenüber wie Manchester, Birmingham, Sheffield, Leeds, die nur einen oder gar keinen Vertreter hatten, oder auch die neueren Teile von London, die bei einer Bevölkerung von 900000 Seelen ganz ohne Wahlrecht waren. Aber so wenig die Gegner der Reform diese Thatfachen bestreiten konnten und so wenig sie dieselben jede für sich zu beschönigen vermochten, um so nachdrücklicher hoben sie hervor, daß trotz alledem das Parlament seine Pflichten vollkommen erfülle und daß man an die Stelle des segensreich wirkenden nicht ein neues von unbekannter, unerprobter Zusammensetzung stellen solle. Natürlich diene diese konservative Besorgnis zugleich den aristokratischen Standesinteressen zum Deckmantel. Die Parlamentsreform, wie die Whigs sie anstrebten, mußte im Laufe der Zeit das Schwergewicht, das bisher in dem Adel gelegen, auf den Bürgerstand übertragen, und deshalb war von seiten der Tories entschlossener Widerstand zu erwarten. Wenn ihr Ministerium Wellington in die Katholikenemanzipation gewilligt hatte, so durfte man eine gleiche Nachgiebigkeit in der Frage der Parlamentsreform nicht hoffen. Auch der König Georg IV., welcher der Torypolitik mit Leidenschaft ergeben war, bildete ein gewichtiges Hindernis, so daß sein Tod, der am 26. Juni 1830 eintrat,

Georgs IV.  
Tod.

für  
seine  
Wil  
für  
Das  
Par  
Wel  
wel  
Jah  
zur  
nich  
erste  
weil  
seit  
Ruf  
Tag  
gere  
aber  
liken  
und  
das  
erm  
Parl  
fielen  
am  
enth  
schre  
es  
stift  
weni  
als  
liste  
lang  
mini  
Lan  
geme  
wuß  
für  
seine  
mit  
Win  
1. J  
Das  
Steu  
Erbb

für die Reformer ein erfreuliches Ereignis sein mußte. Denn von seinem Bruder und Nachfolger, dem bisherigen Herzog von Clarence, Wilhelm IV., brauchte man einen hartnäckigen Widerstand nicht zu befürchten; er hatte sich von jeher dem gemäßigten Liberalismus zugeneigt. Das wichtigste war also durch eine große Bewegung im Lande das Parlament selbst für die Sache zu gewinnen und so das Ministerium Wellington aus dem Sattel zu heben. Der Nation war die Frage, welche gelöst werden sollte, längst völlig vertraut; seit einem halben Jahrhundert war sie nicht weniger als fünfzehnmal im Parlamente zur Verhandlung gekommen, zwar ohne durchdringen zu können, aber nicht ohne dadurch ins Bewußtsein der Wähler überzugehen. In den ersten Jahren nach 1815 war sie wohl etwas in üblen Ruf geraten, weil die Hunt und Cobbett sie auf ihr Banner geschrieben hatten; aber seitdem die wieder erstarkten Whigs sich zu ihr bekannten, seit John Russell sie 1821 mit aller Mäßigung im Parlamente wieder auf die Tagesordnung gesetzt hatte, war sie vor der öffentlichen Meinung wieder gerechtfertigt und konnte wohl gegenüber der Katholikenfrage zurücktreten, aber nicht mehr unterdrückt werden. Nun hatte der Sieg in der Katholikenfrage der liberalen Partei soeben aufs neue ihre Stärke gezeigt, und überdies wirkte die Juli-Revolution, welche gerade jetzt in Frankreich das reaktionäre Ministerium und die Dynastie über den Haufen warf, ermutigend auch nach England hinüber. Die Wahlen zu dem ersten Parlamente König Wilhelms, das im November 1830 zusammentrat, fielen daher zu Gunsten der Reformer aus, und da Wellington trotzdem am Ruder blieb und die Thronrede nichts über die verlangte Reform enthielt, so machte sich in Versammlungen, Adressen und mancherlei Ausschreitungen der Unwille der Bevölkerung Luft: in London selbst kam es zu Unruhen, in manchen Grafschaften verrieten zahlreiche Brandstiftungen, daß sich mit den politischen Leidenschaften gefährlichere und weniger edle vermischten. Es war daher ein freudig begrüßter Sieg, als am 16. November Wellington, weil ihm das Parlament die Civilliste des Königs verweigerte, abtrat und Earl Grey, der schon vor langen Jahren als Lord Howick die Reform verteidigt hatte, ein Whigministerium bildete. Die vorzüglichsten Köpfe seiner Partei, Brougham, Lansdowne, John Russell traten in dasselbe ein; aber auch von den gemäßigten Tories, die nicht unbedingt jeder Reform feindlich waren, wußte er einige, vor allem Lord Palmerston als Minister des Außeren, für sein Kabinet zu gewinnen. Damit übernahm er die Verpflichtung seine Reformvorschläge von jeder radikalen Färbung frei zu halten, womit er übrigens auch den Wünschen seiner eigenen Partei entsprach. Die Wintermonate wurden zur Ausarbeitung des Gesetzes benutzt und am 1. März 1831 brachte Lord John Russell dasselbe im Unterhause ein. Das Recht zu wählen sollte danach künftig in den Städten an einen Steuersatz von zehn Pfund gebunden sein, in den Grafschaften auf alle Erbpächter und auf solche Zeitpächter ausgedehnt werden, deren Pacht

Wilhelm IV.

Ministerium  
Grey.Reformvor-  
lage.

Auflösung des  
Parlamentes.

Widerstand der  
Lords.

Aufregung im  
Lande.

wenigstens 50 Pfund betrüge. Den rotten boroughs, die weniger als 2000 Einwohner zählten, dachte man ihre Vertretung ganz zu nehmen, denen mit weniger als 4000 höchstens einen Abgeordneten zu lassen. Von den so erledigten Sitzen sollten 62 in Zukunft ganz ausfallen, die Zahl der Unterhausmitglieder sich also auf 596 vermindern; die übrigen Sitze wurden teils den Graffschaften und also mittelbar dem Großgrundbesitz, vorwiegend aber den großen Städten zugewiesen, so daß z. B. London acht neue Vertreter zu wählen hatte, während sieben Städte je zwei, und zwanzig bisher gar nicht vertretene Orte je ein Mandat erhielten. So maßvoll diese Zugeständnisse waren, fand das Gesetz aber doch bei den Tories den größten Widerstand, und die Verminderung der Parlamentssitze erfreute sich auch bei den Whigs keines großen Beifalls. Daher erhielt der Vorschlag der Regierung in zweiter Lesung nur eine Stimm-Mehrheit (304 gegen 303) und wurde in der dritten so vielfach umgemodelt, daß Graf Grey zu einer Auflösung des Parlamentes schritt, die vom Könige am 22. April vollzogen wurde. Die Tories hatten diese Niederlage ihrem eigenen Ungestüm zuzuschreiben; denn der Monarch war anfangs durchaus gegen die Auflösung; als er aber vernahm, daß im Oberhause eine Adresse beantragt werde, die ihm den Gebrauch dieses königlichen Vorrechtes widerraten solle, häumte sich sein Stolz dagegen auf und er genehmigte nicht allein den Vorschlag der Minister, sondern fuhr sogar auf der Stelle ins Oberhaus, unterbrach durch sein Erscheinen die Adreßdebatte und verkündete persönlich den Entschluß, den er gefaßt habe. Die Neuwahlen ergaben eine entschlossene reformfreundliche Mehrheit; das Ministerium selbst nahm einen Teil der gewünschten Änderungen in seine Bill auf, verzichtete auf die Verminderung der Sitze, ließ mehreren rotten boroughs ihr Wahlrecht und sah am 21. September die neue Vorlage mit einer Majorität von 109 Stimmen angenommen. Allein nun galt es noch den schwierigsten Widerstand zu überwinden: den des Oberhauses, welches das Gesetz einige Tage später mit großer Mehrheit verwarf. Seine Opposition zu brechen gab es zwei Wege; entweder mußte die öffentliche Meinung sich mit solcher Stärke äußern, daß die Lords sich zur Nachgiebigkeit entschlossen; oder der König mußte nach dem ihm zustehenden Rechte der Pairsernennung so viel reformfreundliche Mitglieder in das Haus schicken, daß die bisherige Mehrheit zur Minderheit wurde. Wenn der erste Weg zum Ziele führte, schien er den Vorzug zu verdienen. Das Parlament wurde also vertagt und bei seinem erneuten Zusammentritt die Bill mit einigen Änderungen abermals vorgelegt. Die Monate, welche seit der Ablehnung verstrichen waren, hatte die Reformpartei zu lebhaften Demonstrationen benutzt, sogar zu lebhafteren als gut war, wenn man nicht die ängstlicheren Gesinnungsgenossen und den König selbst scheu machen wollte. Hatte doch der Präsident des Reformvereins in Birmingham mit der Aufstellung eines eigenen Heeres gegen das Oberhaus gedroht, ein Wort, das nicht ganz unbedenklich klang, da der

Ber  
Auf  
Tor  
dur  
nach  
Unt  
hatt  
Nur  
schu  
star  
zeff  
weig  
tritt  
Abe  
Tor  
mit  
Ste  
Waf  
auf  
Tag  
bear  
Hän  
Pai  
sche  
mög  
Dro  
fähl  
nah  
hielt  
vom  
Feld  
auch  
Thü  
Auf  
biete

Eng  
liche  
doch  
Bill  
dige  
For

Berein 50 000 Mitglieder zählte. In Bristol war es zu einem blutigen Auflauf gekommen; der Herzog von Wellington und andere Häupter der Tories sahen sich persönlich oder in ihrem Eigentum gefährdet. Dadurch schien es für manchen geradezu eine Ehrensache zu werden nicht nachzugeben. Wirklich verwarf das Oberhaus die Bill, welche das Unterhaus am 22. März 1832 auch in der neuen Gestalt angenommen hatte, am 7. Mai mit fast derselben Mehrheit, wie im September 1831. Nun blieb dem Ministerium kein anderes Mittel als vom König einen Pairschub zu verlangen. Bedenklich gemacht durch die Agitation der Radikalen, stark beeinflusst von seiner Gemahlin Adelsheid, einer Meininger Prinzessin, die Ratschlägen vom Festlande her sehr zugänglich war, verweigerte König Wilhelm die erbetene Vollmacht, willigte in Greys Rücktritt und betraute Wellington mit der Bildung eines neuen Kabinetts. Aber dieser vorübergehende Sieg zeigte am besten die Schwäche der Tories. Eine ungeheure Bewegung durchzuckte das Volk; an den Galgen mit Wellington! wiederhallte es in den Meetings; der König wurde mit Steinwürfen empfangen; 90 000 Schotten erklärten sich bereit mit den Waffen für die Reform einzutreten; das Unterhaus forderte den König auf nur Freunde der Reform in seinen Rat zu berufen — und wenige Tage, nachdem ihn der König mit der Neubildung des Ministeriums beauftragt, am 15. Mai 1832, gab Wellington diesen Auftrag in die Hände des Monarchen zurück. Grey erhielt die Ermächtigung zu einem Pairschub und ergriff wieder die Zügel der Regierung; und so entscheidend hatte das kurze Zwischenspiel gewirkt, so unzweifelhaft die Unmöglichkeit eines Tory-Regimentes an den Tag gelegt, daß jetzt die Drohung genügte und der Pairschub selbst, dem auch die Whigs grundsätzlich keineswegs zugeneigt waren, unterbleiben konnte. Am 4. Juni nahm das Oberhaus, da die heftigsten Gegner sich der Abstimmung enthielten, die Reform an und am 7. Juni 1832 wurde das neue Gesetz vom König unterzeichnet. So war in einem lebhaften zweijährigen Feldzuge das erwünschte Ziel erkämpft worden, und wenn in dieser Zeit auch mehr als einmal das Gespenst der Revolution vernehmlich an die Thür geklopft hatte, so war doch auch in dieser großen Krisis zuletzt der Ruhm Englands gewahrt worden, daß seine Verfassung ihm die Mittel biete notwendige Reformen auch ohne Revolution ins Leben zu rufen.

Ministerkrisis.

Wellington.

Nachgiebigkeit  
der Lords.

### Frankreich vor der Juli-Revolution.

Auf diese innere Gesundheit seines staatlichen Organismus konnte England um so stolzer blicken, als Frankreich nach einer Reihe vergeblicher Versuche, auch seinerseits die Bahnen der Reform einzuschlagen doch wieder den Weg der Revolution betreten hatte. Das Ministerium Villèle hätte es nach dem spanischen Feldzuge leicht gehabt ein verständiges konservatives Regiment zu führen und dabei doch den dringendsten Forderungen der Liberalen gerecht zu werden. Denn diese verfügten in

Ministerium  
Villèle.

der Kammer über zu wenig Stimmen um viel zu verlangen; da sie aber in der Pairskammer hinreichende Macht besaßen um wirklich reaktionäre Maßregeln zu vereiteln, so war auch die überkönigliche Opposition nicht stark genug um das Kabinet, wenn dieses nur festen Willen zeigte, von der goldenen Mittelstraße wegdrängen zu können, zumal der König selbst nach wie vor die gemäßigte Richtung begünstigte. Zu Frankreichs Unglück verstand aber Villèle weder die Gunst, noch die gebieterische Notwendigkeit seiner Lage, sondern war beflissen, ohne in die Forderungen der alleräußersten Rechten einzustimmen, doch den reaktionären Neigungen des Thronfolgers sich gefällig zu zeigen, um sich dadurch auch für den Fall des Regierungswechsels möglich zu erhalten. Den günstigen Ausgang des spanischen Feldzugs benutzte er daher zur Auflösung der Kammer, in der Hoffnung, diese dadurch von allen liberalen und überköniglichen Bestandteilen zu reinigen. Mit Hilfe einer unerhörten Gewaltthat, welche nicht einmal vor der Fälschung der Wählerlisten zurückscheute, erreichte er dies Ziel so vollkommen, daß bei den Neuwahlen im Februar und März 1824 nur 17 Liberale gewählt wurden und auch die Opposition auf der äußersten Rechten eine bedeutende Verminderung erlitt. Ohne Schwierigkeiten setzte das Ministerium darauf auch sein nächstes Vorhaben durch; die Kammern willigten ein, daß die teilweise Erneuerung, die verfassungsmäßig alle Jahre stattfinden sollte, beseitigt und die Dauer der Wahlperiode auf sieben Jahre verlängert wurde. Aber Villèle mußte nun die Erfahrung machen, daß es für eine herrschende Partei durchaus nicht wünschenswert ist keine kräftige Opposition sich gegenüber zu haben; da seine Anhänger von den Gegnern nichts zu fürchten brauchten, spalteten sie sich untereinander; die anfängliche Einmütigkeit schwand mehr und mehr, und die gemäßigteren Deputierten, die gegen eine liberale oder klerikale Opposition das Ministerium treu unterstützt haben würden, zweigten sich, da dieser

Verfassungs-  
änderung.

Reaktion.

ein  
sich  
frei  
erb  
Ma  
nar  
kein  
Lü  
und  
Alt  
tem  
  
fein  
alle  
Pri  
sch  
glin  
Un  
ein  
ähn  
Ver  
alle  
Wil  
fan  
167  
mar  
„R  
hat  
An  
klö  
sch  
der  
we  
sch  
ver  
dan  
lis  
gen  
lich  
Kir  
des  
den  
mar  
gro  
eine

einem Gesetz von 1822 durch bloße Verordnung verfügen konnte, erwies sich als stumpfe Waffe, und die Umgestaltung des Staatsrates, dessen freisinnige Mitglieder durch Männer der Kongregation verdrängt wurden, erbitterte, ohne neue Anhänger zu verschaffen. Man sah in allen diesen Maßregeln bereits deutlich die Rücksichtnahme auf den künftigen Monarchen, und wirklich that Villèle in den letzten Monaten Ludwigs XVIII. keinen bedeutenden Schritt, ohne sich mit Artois verständigt zu haben. Ludwig wurde immer stumpfer und gleichgültiger gegen Regierungssachen und ließ sich die Beziehungen seines Ministers zu Artois gefallen. Altersschwäche führte seine allmähliche Auflösung herbei und am 17. September 1824 verschied er.

Tod Ludwigs  
XVIII.

Ohne Liebe und ohne Haß hatte sein Volk ihm gegenüber gestanden; seinen Tod erfuhr es doch nicht ohne lebhafteste Teilnahme. Denn nach allem, was man von Artois wußte, durfte man jetzt auf ein krasses Priesterregiment gefaßt sein. Wider Erwarten ließ sich aber die Herrschaft des neuen Königs, der als Karl X. den Thron bestieg, recht glimpflich an. Eine ausdrückliche Erklärung die Verfassung, die er als Unterthan beschworen, zum Wohle seines Volkes befestigen zu wollen, eine umfangreiche Begnadigung, die Wiederaufhebung der Zensur und ähnliche Maßnahmen erweckten frohe Hoffnungen und eine ungeahnte Vertrauensseligkeit. Von langer Dauer waren diese Tage der Zuversicht allerdings nicht. Die kühnen Erwartungen, die sich sogar bis zum Ersatz Villèles durch liberale Minister verstiegen, wurden bald enttäuscht. Anfangs wechselten noch gute und schlechte Eindrücke. Man murrte, als 167 Generale des Kaiserreichs mit einem Federstrich pensioniert wurden; man rief Beifall, als dem beliebten Herzog von Orléans der Titel „Königliche Hoheit“ zu teil wurde, den Ludwig ihm hartnäckig versagt hatte; man zürnte, als das Ministerium für den König das Recht in Anspruch nahm durch bloße Verordnung die Gründung von Nonnenklöstern zu gestatten; und wiederum begrüßte man mit Freuden den Entschluß des Monarchen, sein persönliches Eigentum nach der Gewohnheit der früheren Könige den Staatsdomänen einzuverleiben. Aber nur wenige Monate hindurch dauerte dieses Schwanken; die unbedingte Herrschaft, welche die Priesterpartei über Karl X. ausübte, trat bald in unverhüllter Nacktheit hervor. Wenn kirchliche Fragen ins Spiel kamen, dann bot auch die Pairskammer nicht den Rückhalt, welchen der Liberalismus in rein politischen Fragen bei ihr zu finden gewohnt war. Sie genehmigte das „Sakrilegiumsgesetz“, welches den Diebstahl gottesdienstlicher Gefäße mit lebenslänglicher Galeerenstrafe, den Einbruch in eine Kirche mit dem Tode und die Entweihung der Hostie gar mit der Strafe des Vaternordes bedrohte, eine Barbarei, welche die Verteidiger mit dem lästerlichen Satz rechtfertigten, daß man den Tempelschänder, indem man ihn töte, ja nur zu seinem natürlichen Richter sende. Nicht minder großen, aber minder begründeten Unwillen erregte das Gesetz, welches eine Milliarde Franken zur Entschädigung der Emigranten anwies, deren

Karl X.

Das Sakri-  
legiumsgesetz.

Die Entschä-  
digung der  
Emigranten.

Güter während der Revolution eingezogen waren. Wenn sich mancherlei gegen diese Maßregel einwenden ließ, so sprachen doch auch zahlreiche Gründe der Gerechtigkeit und der Klugheit dafür, und die Finanzlage des Staates war so günstig, daß man ohne Bedenken in die große Ausgabe willigen konnte; wies doch auch so das Budget für 1826, das in Einnahme und Ausgabe reichlich 900 Millionen Franken betrug, noch einen Überschuß von neun Millionen auf. Karl X. hatte bei der Entschädigung der Emigranten auch noch die Hoffnung, daß sie der zum Teil verarmten Aristokratie wieder zu größerem Ansehen verhelfen werde; den gleichen Zweck verfolgte er mit einem Gesetz, das in gewissen Fällen die Vererbung des ganzen liegenden Nachlasses an den ältesten Sohn einführen und somit die Zersplitterung des großen Grundbesitzes erschweren sollte. Allein zur lebhaften Freude der Liberalen, die darin eine Verletzung des Grundsatzes der Gleichheit sahen, verwarf die Pairskammer 1826 diesen Entwurf, dessen Annahme vielleicht im Interesse der Aristokratie, aber nicht in dem des Landes gelegen hätte. Karl X. hätte nichts mehr gewünscht, als gerade bei dem hohen Adel kräftige Unterstützung zu finden; je mehr er sich darin getäuscht sah, um so ausschließlicher suchte er nun Hilfe bei den Klerikalen, die 1825 im Mai bei seiner Krönung und Salbung in Rheims einen seltsamen Triumph feierten. Das heilige Salbfläschchen, die Ampulla, welche einst bei Chlodwigs, des Frankenkönigs, Taufe ein Engel vom Himmel gebracht haben sollte, war in der Revolution auf Befehl des Konventes zertrümmert worden und mit seinem Inhalt hatten sich die Frevler die Stiefel geschmiert; jetzt aber wurde protokollarisch festgestellt, daß ein Priester die Scherben des Gefäßes und einige Tropfen Oles gerettet habe, und der Moniteur verkündigte feierlich den Gläubigen, dasselbe Öl, mit welchem seit Chlodwig alle französischen Könige gesalbt seien, werde auch auf der Stirne Karls X. fließen. Schlimmer aber als in solchen Spielereien gab sich der klerikale Sinn des Königs in der tyrannischen Herrschaft kund, welche die Priester ungestraft üben durften, in der Bekämpfung der gemischten Ehen, in der Proselytenmacherei, der Unduldsamkeit, der schleichenden Spürerei und Heuchelei, die immer mehr überhand nahmen. Kein Wunder, wenn das Mißtrauen im Volke beständig wuchs und selbst das abenteuerliche Gerede Glauben fand, der König sei in den Jesuitenorden eingetreten und müsse, mit der Mönchskutte angethan, seinen Oberen von all seinem politischen Thun und Lassen Rechenschaft ablegen. Unzweifelhafte Thatsache war es, daß die Jesuiten, obgleich durch Gesetz aus Frankreich verbannt, dennoch von der Regierung geduldet wurden; diese selbst gestand es in der Kammer zu und änderte ihre Haltung auch dann nicht, als die Gerichte ihr die Verpflichtung, jenes Gesetz zu handhaben, ausdrücklich ins Gedächtnis riefen. Unzweifelhafte Thatsache war es auch, daß die Kongregation im Staate die gewaltigste Macht war, daß ihre Gunst Beförderungen im Civildienst wie im Heere erwirkte, daß sie ihren Einfluß bis in die untersten

Die Krönung  
in Rheims.

Herrschaft der  
Geistlichkeit.

Gese  
Laf  
Abg  
hal  
reich  
heit  
beso  
vern  
Bese  
Bog  
Fran  
lästi  
zwei  
Berl  
sich  
und  
bis  
und  
Zeit  
muti  
Pai  
sition  
einf  
sicher  
unge  
Pari  
müti  
anzu  
20 O  
war  
anor  
daß  
auch  
Und  
den  
auf  
Grün  
gehen  
die  
es n  
die  
größ  
so w



Gesellschaftsklassen hineinstreckte, so daß selbst Kammermädchen und Lakaien sich auf ihre Empfehlungen beriefen. Der Wagen rollt dem Abgrunde zu, rief das Journal des Débats aus, ohne daß wir ihn aufhalten können; wahrhaftig, man sollte an ein Verhängnis glauben!

Es wird der damaligen Pairskammer für alle Zeiten zur Ehre gereichen, daß sie in den meisten und wichtigsten Fällen mit Entschiedenheit der Regierung gegenübertrat und viel Unheil verhinderte. Von besonderer Bedeutung war ihr Widerstand, als Villèle 1827 zu einem vernichtenden Schlage gegen die Presse ausholte. Außer vielen anderen Beschränkungen, die man ihr zubachte, sollte für alle Bücher unter fünf Bogen eine Stempelsteuer eingeführt werden, die einen bis anderthalb Franken, je nach der Bogenzahl, betrug; die Tagespresse sollte so belästigt und belastet werden, daß nach Villèles eigenem Geständnis kaum zwei oder drei Pariser Zeitungen es hätten tragen können und daß die Verluste einzelner Verleger in die Millionen gingen. Natürlich regte sich in Paris und ganz Frankreich augenblicklich alles, was mit Feder und Druckerwärze in Verbindung stand, die Schriftsteller von rechts bis links, von Chateaubriand und den Akademikern bis auf Véranger und Thiers, die Buchhändler, die Druckereibesitzer, die Setzer, die Zeitungsverkäufer. Die Liberalen in der zweiten Kammer leisteten mutigen Widerstand, indes sie unterlagen wie immer; in dem Hause der Pairs aber bereitete sich die nachdrücklichste und siegesgewisseste Opposition vor. Ein Ausschuß wurde zur Prüfung niedergesetzt und beschloß einstimmig die Verwerfung. Die Niederlage der Regierung war so sicher, daß sie lieber am 17. April 1827 den Entwurf zurückzog. Ein ungeheurer Jubel, Illuminationen, Feuerwerke, Fackelzüge waren in Paris und in den Provinzen die Antwort darauf. Man war gutmütig genug, dem Könige die Zurücknahme als persönliches Verdienst anzurechnen; als er wenige Tage darauf eine Musterung über die 20 000 Pariser Nationalgardisten abhielt, wurde er lebhaft begrüßt und war so erfreut darüber, daß er den Erlaß eines belobenden Tagesbefehls anordnete. Aber ehe diese Weisung ausgeführt war, meldete man ihm, daß die heinkehrenden Nationalgardisten außer den Hocks auf den König auch Nieder mit dem Ministerium! und Weg mit den Jesuiten! gerufen. Und mit plötzlicher Sinnesänderung verwandelte der gekränkte Monarch den belobenden Tagesbefehl in ein Dekret, welches die Nationalgarde auflöste, und stellte überdies durch eine Verordnung ohne Angabe von Gründen die Zensur wieder her.

In der bisherigen Weise konnten die Dinge indes nicht mehr weiter gehen; Villèle sah ein, daß er sich in einer Sackgasse befand, in der ihm die Pairskammer den Weg verspernte. Sie unschädlich zu machen gab es nur ein Mittel: der König mußte 70—80 neue Pairs ernennen um die Opposition zur Minderheit zu machen. Da aber diese neuen Pairs größtenteils aus den Reihen der Deputierten genommen werden mußten, so wären zahlreiche Ersatzwahlen nötig geworden, welche der Regierung

Die Pairs-  
kammer und  
das Preß-  
gesetz.

Auflösung der  
Nationalgarde.

Der Pairs-  
schub.

Auflösung der  
Kammer.

eine ebenso große Thätigkeit und Wahlbeeinflussung auferlegten wie eine völlige Neuwahl. Da lag es denn nahe die zweite Kammer, in welcher die ministerielle Partei ja ohnedies in starker Zerfetzung begriffen war und deren Mandat doch schon in 2—3 Jahren abliefe, lieber gleich ganz aufzulösen und allgemeine Neuwahlen auszusprechen um dann für sieben Jahre Ruhe zu haben. Da Billele nach seinem glänzenden Erfolge im März 1824 auch jetzt an einem günstigen Ausgang nicht zweifelte, so war sein Entschluß bald gefaßt; der König stimmte zu, und am 5. November 1827 wurde Frankreich durch vier königliche Verordnungen überrascht, welche 76 neue Pairs ernannten, die Deputiertenkammer auflösten, binnen 2—3 Wochen Neuwahlen anordneten und die Zensur wiederaufhoben. Offenbar sollte die letzte Maßregel eine der Regierung günstige Stimmung hervorrufen und die Thätigkeit der Präfekten von dieser Seite her unterstützen; daß die Opposition aus ihr beträchtlichen Nutzen ziehen werde, schien bei der Nähe des Wahltermins unwahrscheinlich. Aber das Unwahrscheinliche geschah. Alle Widersacher der Regierung schlossen sich zu einer „konstitutionellen Oppositionspartei“ zusammen. Zwei Vereine, die Freunde der Preßfreiheit und die Gesellschaft Aide-toi, le ciel t'aidera, nahmen die Agitation in die Hand. Der Erfolg war glänzend. Paris wählte lauter Oppositionsmänner, Laffitte, Dupont de l'Eure, Royer Collard, Benjamin Constant, Casimir Périer, die anerkannten Führer der Liberalen; in dem schrankenlosen Jubel über diesen Sieg kam es am Abend des Wahltages, am 18. November, sogar zu blutigen Krawallen und — zum erstenmal wieder seit 30 Jahren — zu Anfängen des Barrikadenbaues. Diese Ausschreitungen wurden von der Regierung freilich leicht unterdrückt; aber das Wahlergebnis blieb und stand nichts weniger als vereinzelt; von 428 Deputierten waren nur 125 wirkliche Ministerielle; die übrigen 300 gehörten den verschiedenen Oppositionsparteien an, zum Teil den Liberalen, zum Teil denjenigen Royalisten, welchen der Haß gegen die Priesterpartei mit jenen gemeinsam war. Als Billele seinen Anschlag so völlig mißlungen sah, räumte er das Feld; am 3. Januar 1828, ehe die neue Kammer zusammengetreten war, erbat er vom König seine Entlassung und übergab die Regierung, die er sieben Jahre geführt, einem Ministerium, dessen Haupt der Vicomte von Martignac war.

Die Neuwah-  
len.

Billeles Rück-  
tritt.

Ministerium  
Martignac.

Liberaler Maß-  
regeln.

Die Parteigruppierung des neuen Parlamentes erforderte nicht, ja duldete kaum ein entschieden liberales Kabinet, das überdies dem Könige unerträglich gewesen wäre. Martignac war deshalb eine ganz geeignete Persönlichkeit, ein Gegner Billeles, ein rühriger tüchtiger Geschäftsmann, ein ehrlicher Charakter, aber kein liberaler Parteigänger. Wo freisinnige Maßnahmen zum Wohle des Staates nötig erschienen, bequeme er sich willig dazu; aber was ihn leitete, war das Bedürfnis, nicht ein Parteiprogramm. Die Radikalen mochten daher wohl spotten, sein Wahlspruch sei: ich liebe Papa, den lieben Gott, ich liebe auch Mama, die Revolution; sie waren ihm doch für viele Schritte sehr zu Dank ver-

pflic  
Prä  
Roy  
Kab  
Hyd  
Wal  
Rech  
wur  
vern  
vom  
sie g  
ihre  
Die  
Pol  
Min  
von  
räte  
bish  
Wal  
dazu  
jekt  
so h  
erha  
zahl  
sie  
Min  
ihren  
Bezi  
diese  
wirk  
seher  
dani  
nehm  
lang  
dani  
die  
wied  
nicht  
sond  
Rück  
gewa  
Schl  
die  
Antr  
Geid

pflichtet. Aus den fünf Kandidaten, welche die Kammer für ihren Präsidentensitz bezeichnete, ließ er den König den Führer der Liberalen, Royer Collard, ernennen; zwei Kollegen, die er anfangs aus Villèles Kabinet mit übernommen hatte, mußten zwei gemäßigten Konservativen, Hyde de Neuville und dem Bischof Feutrier, weichen; durch ein neues Wahlgesetz wurde der ungesetzliche Einfluß der Beamten beschränkt; das Recht des Königs durch bloße Verordnung die Zensur einzuführen wurde aufgehoben, das sogenannte schwarze Kabinett der Pariser Postverwaltung beseitigt. Noch größeren Beifall fanden zwei Verordnungen vom 16. Juni 1828, welche die Jesuiten aus ein paar Seminarien, die sie gegründet, vertrieben, und festsetzten, daß auch die übrigen Orden in ihre Schulanstalten nicht mehr als 20 000 Schüler aufnehmen dürften. Die Expedition Maisons nach Morea zeigte auch in der auswärtigen Politik einen kräftigen Zug. Aber die segensreichste Maßregel des Ministeriums schien es werden zu sollen, als dasselbe in der Session von 1829 ein Gesetz vorlegte, nach welchem in Zukunft die Generalräte der Departements, die Bezirks- und die Gemeinderäte statt wie bisher von dem Minister oder dem Präfekten ernannt zu werden, aus Wahlen hervorgehen sollten. Nicht ohne Widerstreben hatte der König dazu seine Einwilligung erteilt; allein da er glaubte, die Zusammensetzung der Kammer mache es ihm unmöglich Martignac zu entlassen, so hatte er seine Abneigung bezwungen. Ihn bei diesem Glauben zu erhalten hätte das eifrige Bestreben der Mehrheit sein müssen; aber die zahlreichen Erfolge, welche sie schon errungen, machten sie übermütig; sie veränderte den Martignacschen Entwurf in einer Weise, daß der Minister sich weigerte darauf einzugehen und, als die Mehrheit auf ihrem Willen bestand und insbesondere hartnäckig den Wegfall der Bezirksräte forderte, die ganze Vorlage zurückzog. Die bösen Folgen dieses offenbaren Zwiespaltes traten nicht sogleich an den Tag, aber sie wirkten im geheimen nur um so verderblicher. Der König hatte gesehen, daß auch Martignac die Kammer nicht in seiner Hand habe; damit fiel der einzige Grund, aus dem er ihn berufen, hinweg; angenehm war ihm sein Minister nie gewesen; der Mann, den er sich schon lange an die Spitze des Kabinetts wünschte, war der Fürst Jules Polignac, damals Gesandter in London. Sowohl Villèle wie Martignac hatten die Gefährlichkeit des Nebenbuhlers erkannt und waren deshalb auf den wiederholten Wunsch des Monarchen, ihm ein Portefeuille zu übertragen, nicht eingegangen. Jetzt war dieser entschlossen ihn nicht als Kollegen, sondern als Nachfolger Martignacs zu berufen. Hinter des letzteren Rücken verhandelte er mit dem Führer des Ultras, Labourdonnaye, und gewann diesen für den Eintritt in das Zukunftskabinet. Bis zum Schluß der Session sollte die Sache geheim bleiben. Kaum aber waren die Kammern am 31. Juli 1829 geschlossen, so entließ Karl aus eigenem Antriebe sein Ministerium und übertrug am 8. August die Leitung der Geschäfte dem Fürsten Polignac.

Martignacs  
Entlassung.

Ministerium  
Polignac.

Polignacs Name war ein Programm, das für die öffentliche Meinung keiner Erklärung bedürftig schien; verlangte man aber noch eine Erläuterung, so mußten die Männer, die er zu Kollegen erhielt oder erwählte, die letzten Zweifel zerstreuen. Neben Labourdonnaye war Bourmont, der Verräter von Waterloo, der bekannteste und verhassteste unter ihnen. „Die Männer, welche jetzt die Verwaltung leiten, so begrüßte das Journal des Débats das neue Ministerium, wollten sie auch gemäßigt sein, sie könnten es nicht. Der Haß, den ihr Name in allen Gemütern erweckt, ist zu tief um nicht zurückgegeben zu werden. Gefürchtet von Frankreich, werden sie Frankreich furchtbar werden.“ Und es schloß mit dem prophetischen Ausruf: Unglückliches Frankreich! Unglücklicher König! Das war die allgemeine Stimmung, die sich von Paris durch das ganze Land verbreitete, und die von allen Parteien, die äußerste Rechte ausgenommen, geteilt wurde. Ohne Zweifel lag viel Übertreibung in diesen Ansichten. Es steht durch ein Memoire, das Polignac an den König richtete, attemmäßig fest, daß er den Bestand der Verfassung nicht anzutasten entschlossen war; mit einem solchen Plane durchzudringen, so wies er nach, sei nicht die geringste Hoffnung vorhanden; denn die Charte gelte der unermesslichen Mehrheit der Franzosen als der echte Ausdruck des notwendigen Wechselverhältnisses zwischen König und Volk; höchstens dürfe man an eine vorübergehende Aufhebung des Gesetzes denken, aber auch dies nur, wenn man der Nation die Überzeugung einflößen könne, es geschehe nur um ihr den Genuß des Gesetzes für alle Zukunft zu sichern. Verwegen genug war auch dieses Spiel, zumal wenn ein Polignac es leiten sollte, dessen Bestand ein bitteres Witzwort mit Talleyrands Ehrlichkeit auf eine Stufe stellte. Dieser Einsicht verschloß sich auch Labourdonnaye nicht. Wäre ihm selbst die Führung zugefallen, dann hätten ihm auch die äußersten Schritte kaum große Überwindung gekostet; aber um seinen Kopf zu spielen ohne selbst die Karten zu halten, dazu, erklärte er seinen Freunden, könne er sich nicht entschließen, und trat aus dem Kabinett zurück.

Polignacs Lieblingsplan war es durch einen glänzenden Erfolg der auswärtigen Politik die öffentliche Meinung für sich zu gewinnen. Die Zeitlage schien einem kühnen Wagnis günstig. Erst wenige Monate waren verstrichen, seit Metternichs Wunsch dem Vormarsch der Russen auf der Balkanhalbinsel Halt zu gebieten die mannigfachsten Tauschpläne angeregt hatte. War doch der Zar damals schon so weit gegangen den König von Preußen direkt zu befragen, ob er auf einen Austausch am Rhein sich einlassen würde. Allerdings hatte dieser das unbedingt abgelehnt, allein dadurch ließ Polignac sich nicht entmutigen und entwarf ein großes Projekt die Karte Europas umzugestalten. Die Türkei sollte ganz verschwinden; die Donaufürstentümer fielen an Rußland, Serbien und Bosnien an Oesterreich; den Rest erhielt der König der Niederlande. Von dessen Ländern kam Belgien an Frankreich, die Kolonien an England, Holland wurde Preußen zu teil, dem auch das

Polignacs  
Pläne.

Die äußere  
Politik.

Königreich Sachsen zugebracht war. Dessen Monarch sollte mit den rheinischen Besitzungen Preußens, einem neugeschaffenen Königreich Austraßen, entschädigt werden; nur den südlichsten Teil mußte er Bayern überlassen, das auch Salzburg und das Innviertel erhalten sollte, wenn es einen etwaigen Widerstand Österreichs gegen dieses Projekt mit bewaffneter Hand bekämpfen helfe. Alles das waren nicht vage Ideen, sondern ein vollständiges Programm, welches die Billigung des Ministers erhielt und nach Petersburg abging um zunächst Rußland vorgelegt zu werden. Aber Polignac hatte Unglück; als seine Vorschläge an der Nawa anlangten, traf auch die Kunde von dem Frieden von Adrianopel ein, und damit war dem Anschlag der Boden unter den Füßen weggezogen, so daß der Gesandte seine Anträge nicht einmal mehr zur Kenntnis des russischen Kabinetts bringen konnte. Es galt nun einen anderen Anlaß zu finden, mittels dessen sich einiger Ruhmeschimmer, wenn auch in bescheidenerem Maße, gewinnen lasse. Die Aufgabe war nicht schwierig. Schon seit 1827 hatte Frankreich den diplomatischen Verkehr mit dem Dey von Algier abgebrochen. Es hatte dieser nämlich wegen einer Geldstreitigkeit, in der zwei seiner Unterthanen mit der französischen Regierung lagen, einen Brief an Karl X. gerichtet, auf welchen die Antwort ausblieb. Seiner Klage darüber setzte der französische Konsul die übermütige Antwort entgegen, der König von Frankreich führe keinen Briefwechsel mit einem Dey von Algier. Entrüstet fuhr der Dey auf und gab ihm einen Schlag mit dem Fliegenwedel. Da er jede Genugthuung für diese Schmach verweigerte, mußte Villèle den Konsul abberufen und ließ Algier blokieren. Zwei Jahre dauerte dieses ziemlich unwirksame Einschüchterungsmittel; da stellte das Ministerium Martignac in seinen letzten Tagen ein Ultimatum. Aber mit so wenig Glück, daß der Dey sogar auf das Schiff des französischen Parlamentärs schießen ließ. So hatte also Polignac von dem ersten Tage seiner Regierung an einen Kriegsfall zur Verfügung; solange er sich jedoch mit größeren Plänen trug, wünschte er die Strafe an Algier von fremder Hand vollziehen zu lassen, und lud Mehemet Ali von Ägypten, der bei der Zerstückelung der Türkei natürlich selbständig geworden wäre, ein sich Algier zu erobern. Das Scheitern des großen Teilungsplanes gab nun dem Streit mit Algier in den Augen Polignacs einen erhöhten Wert, und wenn das Unternehmen auch in mancher Hinsicht mißlich war, so mußte es nunmehr doch herhalten. Am 7. Februar 1830 beschloß das Kabinett den Krieg und übertrug die Führung desselben dem Minister Bourmont, dessen Geschäfte mittlerweile Polignac selbst wahrnehmen sollte.

Der Streit mit Algier.

Die Eröffnung der Kammern.

Während die Vorbereitungen zum Kriege eifrig betrieben wurden, eröffnete der König am 2. März persönlich die Kammern, und zwar, wie er es seiner Familie angekündigt hatte, „als König“. Er sprach seine Zuversicht aus, daß die Vertreter des Landes ihn in seinen guten Absichten unterstützen würden, aber er erklärte auch in fast drohendem Tone, daß er sowohl in der Liebe der Franzosen wie in seinem eigenen

festen Entschlüsse die Kraft finden werde strafbare Umtriebe zu beseitigen. Dabei geriet er so in Hitze, daß er, um sich abzukühlen, den Hut abnehmen wollte und ihn zu Boden fallen ließ. Der Herzog von Orleans war es, der ihn aufhob, eine Laune des Zufalls, in der man bald eine Vorbedeutung erkennen wollte. Zunächst rief die Entschiedenheit des Königs eine gleiche Entschiedenheit bei den Deputierten hervor. Die Antwort auf die Thronrede beklagte das Mißtrauen, welches der leitende Gedanke der jetzigen Verwaltung sei; sie nannte dieses Mißtrauen beleidigend, beunruhigend und bedrohlich für die Freiheiten des Volkes; sie forderte zwischen den Zeilen einen Ministerwechsel, wie er den Wünschen der Nation entspreche. Karls Antwort war, daß seine Entschlüsse unveränderlich seien und daß ihm das Interesse seines Volkes verbiete davon abzugehen. Am Tage nach dem Empfang der Adresse, am 19. März 1830, wurden die Kammern bis zum 3. September vertagt.

Vertagung  
derselben.

Die Einnahme  
von Algier.

Auch die Auflösung derselben war beschlossene Sache; aber man zögerte noch sie auszusprechen, um die Neuwahlen durch Siegesnachrichten aus Afrika beeinflussen zu können. Am 25. Mai ging die Expedition, 107 Kriegsschiffe mit 27 000 Matrosen und Seesoldaten, 37 000 Mann Landungstruppen, unter Bourmonts Befehl sorgfältig ausgerüstet, von Toulon aus in See. Die Überfahrt wurde durch widrige Winde erschwert, die Landung aber am 14. Juni mit Glück und Geschick auf der Halbinsel Sidi Ferruf, drei Meilen westlich von Algier, vollzogen. Schon am 19. Juni kam es in der Ebene Staueli zu einer blutigen Schlacht, in welcher der Sieg zuletzt den Franzosen blieb. Gegen Algier selbst vorzurücken unterließ Bourmont jedoch, weil sein Belagerungspark noch nicht ausgeschifft war; erst nach 10 Tagen marschierte er vorwärts. Und nun entwickelte sich die Entscheidung mit großer Schnelligkeit. Zum Gegenstande des ersten Angriffs wurde das alte Kaiserschloß ersehen, bei dem 1541 Karls V. Zelt gestanden hatte. Am 30. Juni wurden die Laufgräben eröffnet, schon am 4. Juli verließ die Besatzung das Schloß und sprengte es in die Luft. Dem Dey war in der Bestürzung über die Macht der französischen Artillerie jede Lust zu weiterem Widerstande geschwunden; noch am selben Tage kapitulierte er, bedang sich und der türkischen Besatzung freien Abzug mit Familie und Vermögen aus und überließ den Franzosen den Besitz von Algier; auch der bedeutende Staatschatz im Belauf von 48 Millionen Franken, Warenvorräte im Wert von 11 Millionen, und die Artillerie des Dey's, 1500 Geschütze, fielen in ihre Hand.

Die Wahlen  
in Frankreich.

Das Unternehmen war also in der That nicht bloß glücklich, sondern glänzend gelungen; sechs Wochen nach der Abfahrt, drei Wochen nach der Landung des Geschwaders erfuhr Paris die siegreiche Beendigung des Krieges. Aber für die Wahlen kam die Nachricht doch schon zu spät; sie hatten wenige Tage vorher stattgefunden und waren durch die Kunde des Sieges von Staueli wenig beeinflusst. Da man die Absicht des Zuges nach Algier sehr wohl durchschaute, verhielt man

sich  
Part  
Volk  
die  
Agen  
Part  
dem  
aus  
licht  
samm  
nistif  
hervo  
sich  
der  
durch  
Anze  
stehe.  
daran  
boner  
bring  
sei fi  
Zusic  
hatte  
Weg  
Gülft  
der K  
zur  
seien  
faßt;  
Lage  
Mitw  
gefaß  
70 ne  
holun  
meint  
habur  
Gewi  
nicht  
regeln  
die ve  
Trugf  
stehen  
entlaf  
Minif  
zwung

sich mit Bewußtsein gleichgültig gegen seine Ergebnisse. Die liberalen Parteien waren ungemein eifrig durch die Presse und die Vereine das Volk zu bearbeiten. Ein geheimer Ausschuß, das Comité directeur, hatte die Leitung in die Hand genommen; die Gesellschaft Aide-toi hatte ihre Agenten in allen Städten und Städtchen des Landes; alle anderen Parteiunterschiede wurden hintangestellt und von Martignac bis Lafayette, dem alten Republikaner, der seit Polignacs Ministerium plötzlich wieder aus dem Dunkel hervortrat und, wo er sich zeigte, mit den überschwänglichsten Huldigungen begrüßt wurde, standen die Oppositionellen fest zusammen. Unter den Journalen gewann in wenigen Wochen der orleanistische National, der mit Beginn des Jahres gegründet war, eine hervorragende Bedeutung; der junge Thiers, damals 33jährig, erwies sich als die größte publizistische Kraft seines Landes. Die Auflösung der Kammer, das Ausscheiden einiger maßvoller Minister, ihr Ersatz durch bekannte Schützlinge der Kongregation, manche andere, geheimere Anzeichen befestigten den Glauben, daß ein Gewaltstreich vor der Thür stehe. Selbst die fremden Kabinette wurden besorgt. Der Zar ließ daran erinnern, daß Alexander nicht allein die Herrschaft der Bourbonen, sondern auch die Verfassung verbürgt habe; Metternich warnte dringend sich mit der Revolution einzulassen, wenn man nicht gewiß sei sie zu besiegen. Polignac erwiderte diese Warnungen mit der festen Zusicherung, daß er die Verfassung nicht verletzen werde. Und wirklich hatte er sich und dem Könige eingeredet, daß die Charte selbst einen Weg angebe, auf dem sie umgangen werden könne, ohne daß doch ihre Gültigkeit in Frage gestellt werde. Artikel 14 bestimmte nämlich, daß

Warnungen  
des Kaiserlandes.

Artikel 14 der  
Verfassung.

der König die „Anordnungen und Ordnungen zu erlassen habe, welche zur Ausführung der Gesetze und für die Sicherheit des Staates nötig seien“. Offenbar waren damit außerordentliche Notfälle ins Auge gefaßt; für einen solchen glaubte aber Polignac auch die gegenwärtige Lage ansehen zu dürfen. Die vorige Kammer hatte der Regierung ihre Mitwirkung verweigert; von den 221 Mitgliedern, welche jenen Beschluß gefaßt, waren 202 wiedergewählt worden; außer ihnen gehörten 70 neugewählte Deputierte der Opposition an; es war also eine Wiederholung jenes Beschlusses mit Sicherheit zu erwarten. Für diesen Fall, meinte Polignac, liege der Notstand vor, welcher den König zur Handhabung des Artikels 14 berechtere; ja, da der Fall mit mathematischer Gewißheit eintreten müsse, so brauche man seine Verwirklichung gar nicht abzuwarten, sondern könne schon jetzt mittels jenes Artikels Maßregeln treffen um sich eine Kammer zu sichern, welche der Regierung die verfassungsmäßige Mitwirkung nicht versage. Das Fehlerhafte dieses Trugschlusses war leicht zu durchschauen. Der Notstand sollte darin bestehen, daß der König ein Ministerium nicht entlassen wollte, das zu entlassen er nicht gezwungen werden konnte, die Kammer aber ebendieses Ministerium nicht unterstützen wollte und ihrerseits doch auch nicht gezwungen werden konnte es zu unterstützen. Es war leicht einzusehen,

Die Ordonnanzen.

daß dieser Konflikt nur durch die Minister gelöst werden konnte, indem sie freiwillig zurücktraten; thaten sie das nicht, so waren sie es, die den Notstand erst schufen und sie waren nicht berechtigt auf Grund desselben dem Könige die Anwendung des Artikels 14 anzuraten. Dem Könige aber ließ sich, solange er Minister fand, welche seine Ordonnanzen unterzeichneten, schwerlich vorwerfen, daß er seinen Eid auf die Verfassung breche: die Minister waren es, welche den ihren brachen. Dieser Einsicht verschloß sich Polignac, als er die fünf Ordonnanzen entwarf, welche die Juli-Revolution herbeiführten. Drei von ihnen bezweckten unmittelbar die Herstellung einer gefügigen Volksvertretung; sie verordneten die Auflösung der eben gewählten und noch nicht einmal zusammengesetzten Kammer, ein neues Wahlgesetz, welches die Wahl ausschließlich in die Hand der Höchstbesteuerten legte, während die übrigen Wähler nur das Recht hatten, eine Kandidatenliste aufzustellen, und die Einberufung einer nach diesem Gesetze gewählten Kammer auf den 28. September. Eine vierte Ordonnanz führte die Censur wieder ein und verbot das Erscheinen der Zeitungen bis dahin, daß sie die polizeiliche Erlaubnis eingeholt, und eine fünfte ernannte verschiedene neue Mitglieder des Staatsrates.

Der gleichzeitig gefaßte, aber nicht veröffentlichte Beschluß, den Marschall Marmont zum Befehlshaber der Pariser Besatzung zu ernennen, war so ziemlich die einzige Vorsichtsmaßregel, welche das Ministerium — abgesehen von dem tiefen Geheimnis, mit dem es seine Maßnahmen traf — für nötig hielt. Auch der König gab sich den Anschein vollster Ruhe; er ging an dem Tage, an welchem die Ordonnanzen im Moniteur erschienen, auf die Jagd nach Rambouillet und kehrte erst um Mitternacht nach St. Cloud zurück. Daß ihm der Ernst der Lage aber doch nicht verborgen war, zeigte sein Verhalten in dem Ministerrate vom 25. Juli, in dem er die Ordonnanzen unterzeichnen sollte. Den Kopf auf die linke Hand gestützt, die Feder in der rechten, zögerte er nachsinnend noch einen Augenblick; dann unterschrieb er, ließ unterschreiben und verabschiedete die Minister mit den Worten: Meine Herren, Sie können auf mich zählen, wie ich auf Sie zähle; zwischen uns gilt es jetzt auf Leben und Tod! In der Nacht wurde der Redakteur des Moniteur zum Justizminister beschieden und erhielt die Ordonnanzen mit dem Auftrage sie sogleich zum Abdruck zu bringen. Gott erhalte den König und Frankreich! rief er aus, als er sie gelesen; ich habe alle Kampftage der Revolution gesehen und gehe fort mit einem tiefen Schrecken vor neuen Erschütterungen!

### Die Juli-Revolution.

Der 26. Juli  
1830.

Aber zunächst schienen solche Besorgnisse doch keine Bestätigung zu finden. An der Börse freilich sank die Rente sogleich um 4 Prozent und der Schweizer Gesandte berichtete nach Haus, es sei ein Schlag ge-